

Die Entwicklung der Area Studies in der DDR als Reaktion auf die Dekolonisierungsprozesse der 1950er-/60er-Jahre

Das seit einiger Zeit intensivierte Interesse am Beitrag des realsozialistischen Blocks zu Weltwirtschaft und Weltpolitik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts¹ führt auch zu der Frage, wie sich die zeitgenössischen Akteure in einer durch die Dekolonisierung komplexer werdenden Welt orientiert haben und welche Rolle dabei die Area Studies gespielt haben. Neben der Sowjetunion, die (1) aus einer spezifischen Tradition der »Untersuchung des Orients« (*vostokovedenije*),² (2) aus ihrer Position des zentralen Informationsbrokers für die kommunistische Weltbewegung und (3) im Hinblick auf ihre imperialen Interessen Area Studies betrieb, nutzten die kleineren Länder des Blocks jeweils eigene Traditionsstränge für die Untersuchung dessen, was man bald die Dritte Welt nannte.³ Zu diesen gehörte für die DDR (1) eine längere institutionelle Verankerung der Regionalforschung vor allem in Berlin und Leipzig (den beiden deutschen Zentren seit der Jahrhundertwende neben Hamburg und dem Dreieck Bonn-Köln-Aachen⁴), (2) die geschichtspolitisch mit der Kritik am deutschen Imperialismus verbundene Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus und (3) der historische Zufall einer kriegsbedingten Verlagerung der Akten dieser Kolonialgeschichte des Kaiserreichs aus dem Preußischen Staatsarchiv zunächst nach Osteuropa und 1956 nach Potsdam, wo sie für die ostdeutsche Geschichtswissenschaft bald und für deren internationale Wettbewerber nur selektiv und temporär zur Verfügung standen.

- 1 James Mark/Tobias Rupprecht: The Socialist World in Global History: From Absentee to Victim to Co-Producer, in: Matthias Middell (Hg.): Global History Writing – European Perspectives, London 2019.
- 2 Steffi Marung: Peculiar Encounters with the ›Black Continent‹: Soviet Africanists in the Global 1960s and the Expansion of the Discipline, in: Matthias Middell (Hg.): Self-Reflexive Area Studies, Leipzig 2013, S. 103–134.
- 3 Torsten Loschke/Katja Naumann/Steffi Marung/Matthias Middell (Hg.): In Search of Other Worlds. Towards a Cross-Regional History of Area Studies, Leipzig 2018.
- 4 Falk-Thoralf Günther: Afrika- und Lateinamerikaforschung in Deutschland zwischen Kaiserreich und Drittem Reich, Leipzig 2008.

Musste zu Beginn wie am Ende der 1990er-Jahre noch beklagt werden, dass umfassende Studien ebenso wie autobiografische Analysen der Hauptakteure zur Entwicklung der Regionalwissenschaften in der DDR fehlten,⁵ hat der zeitliche Abstand vom Umbruch 1989 die Lage wenigstens schrittweise verbessert.⁶ »Wissenschaftsgeschichte unter Abwicklungsbedingungen« führte zu mehreren Beeinträchtigungen. Aus nachvollziehbaren Gründen kann nicht davon gesprochen werden, dass *sine ira et studio* geschrieben wurde, denn es galt für manchen zunächst einmal, Kommissionen, die über weitere Karrierechancen befanden, von der eigenen Unbescholtenheit (und vielleicht auch von der Unredlichkeit potenzieller Konkurrenten) zu überzeugen und dabei an das Vorverständnis der (meist westdeutschen) Kommissionsmitglieder anzuschließen. Aber auch dort, wo solche, von manchen Außenstehenden als »niedere« qualifizierten Motive keine Rolle spielen, haben Traumata und Verletzungen aus der Zeit vor 1989/90 ihre lange nachwirkenden Spuren hinterlassen. Diese konnten in Verfolgung durch die politische Führung der DDR und ihren Sicherheitsapparat wurzeln, aber auch in festgefügtten Konkurrenzen um die auch in diesem Land knappen Ressourcen. Für die Area Studies war nicht zuletzt die ab 1969 voll entbrannte Standortkonkurrenz zwischen Berlin, Leipzig und Rostock prägend,⁷ daneben spielte der Wettbewerb wissenschaftlicher Schulen eine Rolle. Weiterhin war eine dritte (quasi doppelte) Trennlinie wirksam, die zwischen den eher philologisch orientierten Fächern Sinologie, Indologie, Afrikanistik usw., wie sie sich um 1900 institutionalisiert hatten, einer historischen Ausrichtung, wie sie in den 1950er- und teilweise den 1960er-Jahren vorherrschte, und einem vor allem gegenwartsbezogenen Verständnis der Entwicklungsländerforschung als Pendant zu den Area Studies mit starken Anteilen der Staats-, Rechts-, Sozial- und Wirtschafts-, aber auch Agrarwissenschaften verlief, wobei diese Strömung ab den späten 1960er-Jahren immer mehr an Gewicht gewann. Entsprechend wurde nach 1989 der Vorwurf übermäßiger Regimenähe vor allem auf die letztere Tendenz projiziert, deren Vertreter sich wiederum mit Hinweisen auf eine durchaus an westlichen Vorbildern ausgerichtete Modernität zu wehren suchten.⁸

Bei all diesen Auseinandersetzungen ging es nicht nur um Deutungshoheit, sondern im wahrsten Sinne des Wortes um die Existenz, denn Wissenschaftsgeschichte wurde genutzt, um Strukturvorschläge für die neu zu besetzenden Institute an den Universitä-

5 So die ähnlich klingende Klage bei Ulrich van der Heyden: Die historische Afrika-Forschung in der DDR. Versuch einer Bilanz der Afrika-Geschichtsschreibung, in: Ulrich van der Heyden/Ilona Schleicher/Hans-Georg Schleicher (Hg.): Die DDR und Afrika. Zwischen Klassenkampf und neuem Denken, Münster/Hamburg 1993, S. 108–130 und ders.: Die Afrikawissenschaften in der DDR. Eine akademische Disziplin zwischen Exotik und Exempel. Eine wissenschaftsgeschichtliche Untersuchung, Münster/Hamburg 1999, S. 1–21.

6 Aus einem steten Fluss kleiner Beiträge zu Einzelaspekten und persönlicher Reminiszenzen seien neben dem Buch von Ulrich van der Heyden als größere Studien hervorgehoben: Kai Hafez: Orientwissenschaft in der DDR. Zwischen Dogma und Anpassung, 1969–1989, Hamburg 1995; Wolf-Hagen Krauth: Asien- und Afrikawissenschaften, in: Jürgen Kocka/Renate Mayntz (Hg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch, Berlin 1998, S. 21–77.

7 So auch van der Heyden: Die Afrikawissenschaften in der DDR (Anm. 5), S. 44.

8 Ebd., S. 11 f.

ten zu stützen. Im Falle der Institute der Akademie der Wissenschaften (AdW) ging es analog darum, Filetstücke aus der Konkursmasse einer absehbar aufzulösenden Einrichtung zu identifizieren, die nicht nur mit historischem Verdienst, sondern auch mit entsprechenden Fehlstellen in den westdeutschen Area Studies argumentieren konnten.⁹

Dieser Phase einer durchaus intensiven, vor allem wissenschaftssoziologisch, weniger wissenschaftshistorisch ausgerichteten Bestandsaufnahme (etwa durch ein Projekt unter Leitung von Jürgen Mittelstraß und Burkhard Steinwachs von der Universität Konstanz 1990–1992, das nicht zuletzt den retardierenden Tendenzen der Vereinigungskrise gegen eine erst Ende der 1980er-Jahre in Gang gekommene Modernisierung der Geistes- und Sozialwissenschaften in der Bundesrepublik¹⁰ entgegenzutreten wollte, oder durch eine Arbeitsgruppe an der Berlin-Brandenburgischen Akademie unter Leitung von Jürgen Kocka und Renate Mayntz, die die Umsetzung der Akademie-Evaluierung durch den Wissenschaftsrat begleitete¹¹) folgte nach einer kurzen Pause der erneute Rückblick im Rahmen zahlreicher Universitätsgeschichten, nun allerdings zumeist aus der Perspektive der neu in die entsprechenden Universitätsinstitute Berufenen, die aus nachvollziehbarem Grund Abstand zwischen sich und die Vorgänge zu legen interessiert waren.¹²

Die nun einsetzende dritte Forschungsphase entfernt sich mehr und mehr von Zeitzeugenstellungnahmen, bietet dagegen neue Chancen durch den Vergleich mit parallelen Entwicklungen in anderen Ländern – die Geschichte der Area Studies emanzipiert sich erstmals von der normativen Ausrichtung an der Nachkriegs-Entwicklung in den USA und nimmt die These zum Ausgangspunkt, dass unter der *global condition* alle Gesellschaften auf die eine oder andere Weise Wissen über andere Weltregionen und über die transregionalen Beziehungen und Verflechtungen ihrer eigenen Gesellschaft generieren. Der Umfang, die Qualität und die Nutzung dieses Wissens werden in einer multipolaren Welt zu einer immer wichtigeren Ressource.

Die DDR-Führung nahm das territorial nicht sehr ausgedehnte Spaltprodukt des Zweiten Weltkrieges und des Kalten Krieges zuweilen wichtiger, als es der sowjetischen Vormacht lieb war. Der von Erich Honecker immer wieder strapazierte Verweis auf den Status der DDR als einer der zehn wichtigsten Industriestaaten korrespondierte mit einem Geschichtsbild, wonach das Land die Fortsetzung aller positiven Traditionen der gesamten deutschen Geschichte sei, mithin gerade nicht auf einem aus der Katastrophe nationalsozialistischer Herrschaft resultierenden Sonderweg zu sein, der sich irgendwann

9 Reiches Material, das leider niemals veröffentlicht wurde, trug der Konstanzer Burkhard Steinwachs zusammen, der mitten im Vereinigungstrubel eine größere Befragung organisierte, auf die die Geisteswissenschaftler der alsbald neuen Bundesländer mit großer Offenheit reagierten und sowohl auf Geleistetes als auch auf demnächst zu Beginnendes hinwiesen. Ob eine gründliche und breite öffentliche Kenntnisnahme dieser Bilanzen und Zukunftsentwürfe etwas am Ausgang der Evaluierungen und Abwicklungen geändert hätte, ist nicht mehr festzustellen.

10 Wolfgang Frühwald u. a.: Geisteswissenschaften heute. Eine Denkschrift, Frankfurt a. M. 1991.

11 Kocka/Mayntz (Hg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung (Anm. 6).

12 Vor allem Ulrich von Hehl/Uwe John/Manfred Rudersdorf (Hg.): Geschichte der Universität Leipzig, 1409–2009, Bd. 4: Fakultäten, Institute, Zentrale Einrichtungen, Leipzig 2009; Rüdiger vom Bruch/Heinz-Elmar Tenorth (Hg.): Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010, Bd. 6: Praxis ihrer Disziplinen – Selbstbehauptung einer Vision, Berlin 2010.

erledigt haben würde. Vielmehr wurde das Land von seiner Führung selbstbewusst als gleichgewichtig zum westdeutschen Pendant präsentiert und war folglich in der Lage, die Geschichte einer früheren globalen Großmacht fortzusetzen, die in der Weltwirtschaft von beträchtlichem Gewicht gewesen war und (wenn auch spät und vor allem destabilisierend) eine weltpolitische Rolle in Imperialismus und Kolonialismus gespielt hatte. Die DDR sah sich selbst nicht nur im Sinne eines kommunistischen Zukunftsprojektes, sondern auch aufgrund ihrer historischen Herkunft als globalen Akteur und strebte nach vielfältigen transnationalen und transregionalen Verflechtungen. Entsprechend richtete sie auch ihr Modernitätsprojekt keineswegs nur an den sowjetischen Vorgaben aus, sondern hatte immer ein Auge auf relevante Entwicklungen in Westdeutschland, den USA und anderen Teilen der westlichen Welt, die es aufzugreifen lohnte. Ganz und gar in Übereinstimmung mit den Theoremen des Kulturtransferansatzes¹³ waren solche Aneignungen verbunden mit einem umso heftigeren Spurenverwischen, für das ideologische Abgrenzungen hervorragend geeignet waren. Dies betraf die Modernisierung der Industrie und Landwirtschaft ebenso wie die der Sozialstruktur und des Bildungswesens. In all diesen Fragen wurde die DDR als neue Wege beschreitend dargestellt und bot die dabei gewonnene Expertise als Hilfestellung in Entwicklungszusammenhängen immer wieder an. Und dies durchaus nicht ohne Erfolg, denn gerade der Bruch mit den Strukturen einer übermächtigen Vergangenheit zugunsten eines zukunftsoptimistischen Neustarts traf im postkolonialen Kontext auf reichlich Nachfrage. Die interessante Frage in dieser hier nicht weiter zu verfolgenden Hinsicht ist deshalb nicht, wo die DDR-Eliten Anregungen aus anderen Gesellschaften aufgriffen, sondern wo und warum diese Aneignungen an ihre Grenzen stießen. Erkennbar erwies sich der Fordismus als deutlich kompatibler zu den Reformbemühungen der frühen DDR und prägte als angenommener Kontext auch die Hilfsangebote an Länder im Globalen Süden.

In den späten 1950er-Jahren entdeckte die DDR-Führung eine neue Dimension ihrer globalen Rolle – die Unterstützung von Dekolonisierung in den Ländern Asiens, Afrikas und Mittelamerikas. In weniger als einem Jahrzehnt baute sie nach anfänglichen Rückschlägen eine breit ausdifferenzierte Präsenz in den Entwicklungsländern auf und ergriff beinahe jede sich bietende Gelegenheit, um diese noch auszubauen bzw. mit einseitigen Vorleistungen Positionsgewinne zu erreichen.

Dem stand, wie bekannt, der Alleinvertretungsanspruch der Hallstein-Doktrin entgegen, der bis Ende der 1960er-Jahre mehr oder minder effektiv die angemähte weltpolitische Rolle der DDR-Führung einhegte, diese aber – so die einleuchtende Bilanz des früheren DDR-Diplomaten Hans-Georg Schleicher¹⁴ – in eine bis dato wenig übliche Diversifizierung unterhalb der Ebene offizieller Anerkennung verwies. Kontakte zu Befreiungsbewegungen, zu regionalen Instanzen, zu Auslandsvertretungen und zu einzelnen Wirtschaftsbereichen verankerten die DDR-Präsenz, lange bevor Botschafter aus-

13 Matthias Middell: Kulturtransfer, *Transferts culturels*, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 28.1.2016, in: <http://docupedia.de/zg/Kulturtransfer?oldid=125518>, ges. am 21. Januar 2019.

14 Hans-Georg Schleicher: Afrika in der Außenpolitik der DDR, in: van der Heyden/Schleicher/Schleicher (Hg.): *Die DDR und Afrika* (Anm. 5), S. 10–30.

getauscht wurden. Eine außerordentlich wichtige Rolle spielte dabei das Bildungswesen, da die unabhängig gewordenen Staaten zuvörderst Bedarf an qualifiziertem Personal in allen Gesellschaftsbereichen, vor allem aber im Gesundheitswesen, in der Landwirtschaft und in ihrem eigenen Schul- und Hochschulwesen hatten.

Die vorher eher in Nischen überwinternden Regionalwissenschaften gewannen in diesem Globalisierungsprojekt einen außerordentlichen Stellenwert – (1) sie verfügten über die nötigen Kontakte zu den neuen Partnern und zuweilen auch bereits über genauere Kenntnis des Terrains; (2) sie versprachen, relativ kurzfristig die regierungsseitig offerierte Ausbildungskapazität für junge Menschen aus den Entwicklungsländern bereitzustellen zu können, auch wenn Bereiche wie Tropenmedizin und tropische Landwirtschaft erst ausgebaut werden mussten. (3) Konnte von ihnen eine Prognose erwartet werden, wie sich die Solidarität mit den Dekolonisierten in die Gesellschaftsvision der SED einfügen ließe. Dass Letzteres nicht ohne Risiko für beide Seiten war, sollte sich jedoch bald erweisen. (4) Schließlich war schon bald absehbar, dass die neue weltpolitische Rolle nicht ohne eine Vergrößerung des eigenen Apparates an Spezialisten für Außen- und Außenwirtschaftspolitik, für kulturelle Verbindungen zu den Entwicklungsländern und für die politische Kontrolle aller dieser Bereiche zu realisieren war. Entsprechend sollten die Ausbildungskapazitäten für eigene Landeskinder heraufgehoben werden,¹⁵ selbst dann noch, als unter Honecker die Gesamtstudierendenzahlen stagnierten und der Schwerpunkt auf Facharbeiter und wirtschaftsnahe Hochschultypen gelegt wurde. 1989 waren die Regionalwissenschaften DDR-weit mit 40 Lehrstühlen und 43 Hochschuldozenturen relativ gut verankert, die größte Abteilung, die Leipziger Sektion Afrika-Nahostwissenschaften, zählte nicht weniger als 146 Personen, davon 19 ordentliche Professoren, 4 außerordentliche Professoren und 14 Dozenten, 90 wissenschaftliche Mitarbeiter unterschiedlicher Karrierestufen und 19 nichtwissenschaftliche Mitarbeiter.¹⁶

Blicken wir auf die Entwicklung der Regionalwissenschaften in der DDR zurück, dann zeichnet sich mit der III. Hochschulreform in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre eine klare Zäsur ab. Die Hochschulreform brachte (1) einen Generationswechsel in der Leitung der einschlägigen Universitätsinstitute mit sich. Sie gab (2) der in Berlin konzentrierten Akademie der Wissenschaften mit ihren Forschungsinstituten eine neue Stellung, die allerdings für die Area Studies eher einem Rückschlag glich und erst mit der Gründung des AdW-Instituts für Allgemeine Geschichte sichtbar wurde. Und sie führte (3) zu einer Verteilung der Area Studies über die Universitätsstandorte des Landes – mit Lateinamerika als Gegenstand in Rostock, mit der Asienforschung in Berlin und der Afrika- und Nahostforschung in Leipzig.

15 Siehe die Zahlen bei van der Heyden: *Die Afrikawissenschaften in der DDR* (Anm. 5), S. 34: Zwischen 1977 und 1983 stiegen die Studierendenzahlen von 204 auf 372, insgesamt wurden 2135 Regionalwissenschaftler in diesen Jahren ausgebildet, d. h. im Jahresdurchschnitt 305.

16 Manfred Voigt/Erich Alvaro Klien/Klaus Koppe: *Lehre und Studium der Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften im 40. Jahr der Deutschen Demokratischen Republik*, in: *Afrika-Asien-Lateinamerika* (1989), H. 5, S. 792 f.

Dies wiederum zog (4) die Etablierung immerhin dreier Abstimmungsorgane nach sich: des 1966 initiierten¹⁷ Zentralen Rates für Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften der DDR (ZENTRAAL), der bis 1987 Teil des Rates für außenpolitische Forschung war¹⁸ und vor allem der Forschungsordination dienen sollte, des Nationalkomitees für Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften, das für die Außenvertretung in internationalen Organisationen und auf deren Kongressen vorgesehen war, und des Wissenschaftlichen Beirates beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, dem vor allem die Abstimmung der Lehrinhalte oblag. Diese drei Instanzen sollten für Koordination (durch die Vertretung vieler einschlägiger Einrichtungen), Professionalisierung (durch die Einrichtung von Arbeitsgruppen) und politische Abstimmung und Kontrolle (durch den Zwang zu Berichterstattung und die direkte Präsenz von Vertretern der politischen Klasse, aber auch die Kommunikation mit der Außenpolitik) sorgen und erwiesen sich durchaus auch als schlagkräftige Lobbyorganisationen. (5) Mit der Zeitschrift *Asien, Afrika, Lateinamerika* entstand 1973 aus den 1953 geschaffenen *Mitteilungen des Instituts für Orientforschung* (MIO) ein eigenes Organ, in dem sich wissenschaftliche und politische Analysetätigkeit verwoben. Fragt man nach den inhaltlichen Verschiebungen, die sich mit den strukturellen Veränderungen verbanden, dann kann man diese vielleicht auf die Kurzformel »von der vergleichenden Geschichte von Kolonisierung und Dekolonisierung zur Dominanz entwicklungspolitischer Fragen« bringen.

Die Jahre der Hochschulreform bildeten eine klare Zäsur, indem sie mit einem Generationenumbruch einhergingen, der die Expansionsgeschichte der Regionalwissenschaften der DDR zweiteilt. Damit verbindet sich ein vielleicht allzu schematisches Narrativ vom Untergang der »bürgerlichen«, philologisch ausgerichteten Grundlagenforschung zugunsten einer angewandten Entwicklungsländerforschung, die zur Magd der Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik wurde. Dieses Narrativ bestimmte vor allem die Bilanzen in den 1990er-Jahren und lenkt von den politischen und ökonomischen Rahmungen für den unzweifelhaft stattgehabten Wandel ab. Der Aufsatz fragt deshalb nach der Rolle, die die Area Studies im ostdeutschen Globalisierungsprojekt spielten. Das Projekt der Positionierung gegenüber globalen Prozessen und Strukturen lag keineswegs allein in der Hand der politischen Führung, so explizit auch deren Anspruch auf Vertretung und Kontrolle der Gesellschaft gewesen sein mag.¹⁹ Allerdings gelang es der SED-Führung, für einen längeren Zeitraum die koordinierende Funktion in diesem Projekt durch die Herstellung von Übereinstimmung zwischen ihren eigenen Zielen und denen eines Großteils der Bevölkerung, aber auch durch die Anwendung von Zwang zu behaupten.

17 Lothar Rathmann/Renate Wünsche: Aus der Arbeit des Zentralen Rates für Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften in der DDR, in: *Afrika-Asien-Lateinamerika* (1974), H. 5, S. 725 ff.

18 Hans-Georg Müller: Neukonstituierung des zentralen Rates für Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften in der DDR am 16. Januar 1987 in Leipzig, in: *Afrika-Asien-Lateinamerika* (1987), H. 3, S. 525 ff.

19 Für eine solche Perspektivierung der DDR-Geschichte als Teil einer transnationalen und tendenziell auch globalen Geschichte (nicht nur des Sozialismus) siehe auch Matthias Middell: *Weltgeschichte^{DDR}*. Die DDR in globalgeschichtlicher Perspektive, in: Ulrich Mählert (Hg.): *Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema*, Berlin 2016, S. 149–156.

ten. Die notwendigen Anpassungen spätestens seit Anfang der 1980er-Jahre führten jedoch zu einer Situation, in der entscheidende Gruppen der Bevölkerung sich nach einer anderen Öffnung zur Welt sehnten und die Mobilisierungskraft der SED-Führung auch gegenüber ihrer früheren Anhängerschaft rapide nachließ. Mit der Revolution von 1989 erzwangen bislang marginalisierte Akteure eine grundlegende Neuausrichtung des ostdeutschen Globalisierungsprojektes. Dieses hier nur sehr knapp zu skizzierende Schicksal einer Positionierungsstrategie gegenüber einer sich immer enger verflechtenden Welt bildet den Rahmen auch für die Area Studies in ihren verschiedenen Facetten – als akademisches Forschungs- und Lehrprogramm, als Politikberatung und als Kooperationsform mit Akteuren in den Ländern des Globalen Südens.

1. Die erste Phase der Regionalwissenschaften in der DDR

Den Sockel, auf dem die Regionalwissenschaften in der SBZ nach 1945 aufbauen konnten, schmal zu nennen, kommt wohl einer Untertreibung gleich. Vertreibung von Wissenschaftlern und kriegsbedingte Schließungen sowie die unvermeidliche Überalterung in den nicht mehr neu besetzten Disziplinen konnten kaum durch den inhaltlich zwar bedeutsamen, aber doch quantitativ überschaubaren Strom der Rückkehrer aus Emigration und Haftanstalten ausgeglichen werden. Nur wenige, vor allem philologisch ausgebildete Spezialisten hielten das Fähnlein aufrecht, konnten aber im Gegensatz zu anderen Fächern keinen Neuaufbau stemmen. Dieser ist vielmehr einer Verlegenheit zu verdanken, in die der eigentlich als Osteuropaexperte zunächst nach Halle und dann nach Leipzig geholte Walter Markov geriet. Nachdem er sich mit einer Habilitation zur Balkandiplomatie an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert ausgewiesen hatte, geriet er in die Mühlen der Konflikte um die Bewertung Titos und wurde aus der SED ausgeschlossen. Die Befürchtung, es würden Verhaftung oder Absetzung als Professor folgen, realisierte sich nicht – nicht zuletzt dank der Netzwerke, die die Leipziger Remigranten-gruppe bis ins zuständige Staatssekretariat unterhielt.²⁰

Einige nach der Gebietsreform 1951 schon auf den Umzug von Dresden nach Berlin vorbereitete Hochschulministeriale gaben allerdings mit der Aufforderung an Markov, ein neues Forschungsthema zu benennen, mit dem man ihn abrechenbar beauftragen könne, den Startschuss für ein weitgefasstes Projekt. Denn Markov, der sich nicht umsonst in der Nachfolge anderer Welthistoriker am Leipziger Institut für Kultur- und Universalgeschichte sah, nahm den Faden auf und verordnete einer engagierten Schülerschar den Plan einer global vergleichenden Kolonialgeschichte. Die Ahnung trog nicht: Die anlaufende Welle der Dekolonisierungen würde Kenntnis über das Gewordensein der Interdependenzen benötigen, in die sich die unabhängigen Ex-Kolonien gestellt sahen bzw. alsbald sehen würden. Indem der lateinamerikanische Fall von Anfang an

20 Walter Markov: Zwiesprache mit dem Jahrhundert. Dokumentiert von Thomas Grimm, Berlin 1989, S. 179–220.

prominent mitbearbeitet wurde,²¹ ergab sich wie selbstverständlich, dass formale Unabhängigkeit noch keine Augenhöhe mit den früheren Metropolen meinte und dass verschiedene Kolonialsysteme unterschiedliche Erblasten hinterlassen hatten.²²

1952, zu einem Zeitpunkt, da die DDR-Außenpolitik noch gar nicht in der Lage war, ein auf Afrika oder Asien gerichtetes Globalisierungsprojekt zu formulieren, ging die Initiative von Akademikern aus, die allerdings schon bald staatliche Unterstützung in Form eines finanziell untermauerten Forschungsauftrages erhielten. Die ersten Jahre dieses Auftrages galten (1) der Entwicklung des wissenschaftlichen Nachwuchses, sodass ab 1956 die ersten Promovierten zur Verfügung standen; (2) der Präsentation des neuen Ansatzes auf internationalen Konferenzen, darunter dem Internationalen Historikerkongress von Rom 1955, der das Vorhaben in eine Phalanx marxistischer Sozialhistoriker einreichte,²³ und (3) der Kontaktaufnahme zu linken Intellektuellen vor allem in Frankreich, die wiederum belastbare Verbindungen zu den Köpfen einiger Befreiungsbewegungen herzustellen halfen, womit die eigentliche Zielgruppe des Projektes angesprochen wurde.²⁴

Die historische Analyse der verschiedenen Kolonialsysteme verband sich mit einer konsequenten Kritik an Ausbeutung und asymmetrischen Herrschaftsbeziehungen in der Kolonialgeschichte. Dies bedeutete nicht, von der alten marxistischen These komplett Abschied zu nehmen, nach der es durchaus Phasen der Kolonisation gegeben hatte, in denen die Zerstörung alter sozioökonomischer Strukturen positiv zu bewerten sei. Entscheidend war jedoch die Herausbildung einer Situation, in der nur noch die Befreiung von der kolonialen Situation eine Entwicklungschance bereithielt, wollten die unterjochten Gebiete nicht auf alle Dynamik verzichten.

Das skizzierte Projekt verlangte eine Forschung mit langem Atem und auf einer geografisch breit gezogenen Front, doch schon bald erwies sich, dass mehrere Faktoren eine solche tiefgestaffelte historische Kolonialforschung sehr schnell in eine zeitgeschichtliche Richtung drängen würden. Es bot sich an, die gerade freigegebenen Akten des deutschen Reichskolonialamtes, die ab 1956 für ostdeutsche Wissenschaftler leicht zugänglich in Potsdam lagen, heranzuziehen. Sie ließen sich auch ohne umfangreiche Fremdsprachen-

21 Walter Markov/Manfred Kossok: Konспект über das spanische Kolonialsystem, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität (im Folgenden: WZ KMU) 5 (1955/56), H. 2, S. 121–144 und H. 3, S. 229–268.

22 Walter Markov: Fragen der Genesis und Bedeutung der vorimperialistischen Kolonialsysteme, in: WZ KMU 4 (1954/55), H. 1/2, S. 43–60.

23 Katja Naumann: Gangstertaten, Stellungskriege und beherztes Improvisieren – Walter Markov und die internationalen Historikerkongresse, in: Matthias Middell (Hg.): »Lust am Krimi«. Beiträge zu Werk und Wirkung Walter Markovs, Leipzig 2011.

24 Zentral war hier Jean Suret-Canale (1921–2007), ein französischer Afrikahistoriker, Mitglied der Französischen KP und der Résistance. Er hatte 1938 in Dahomey und Benin und im Jahr darauf in Französisch-Indochina studiert. Nach dem Krieg lehrte er in Dakar und später im gerade unabhängig gewordenen Guinea als Leiter des Institut Fondamental d’Afrique Noire (IFAN) und der L’Ecole Nationale de la Santé in Kindia. Nach seiner von der französischen Regierung erzwungenen Rückkehr nach Paris gründete er 1960 das Centre d’études des recherches marxistes (C.E.R.M.), wo er die sogenannte Asiatische Produktionsweise näher untersuchte.

kenntnisse auswerten, und sie befriedigten ein aktuelles Interesse an der Rolle der eigenen Nation im Kolonialisierungsprozess. Damit war aber eine Konzentration auf das späte 19. und Teile des 20. Jahrhunderts schon vom Material her gegeben. Diese wiederum entsprach der Forderung der politischen Führung des Landes, die Geschichtswissenschaft möge sich vor allem der Zeitgeschichte zuwenden und rasch Ergebnisse vorlegen, mit denen sich neben geschichtspolitischen auch allgemein politische Schlachten schlagen ließen. Die aus bestimmten pragmatischen Voraussetzungen herrührende Themenwahl lief so aufs Trefflichste in die gewünschte politische Richtung. Damit standen die Regionalwissenschaften früh vor der Alternative, eine Erweiterung der verfügbaren Ressourcen und Strukturen durch eine stärkere Zeitgeschichtsorientierung zu erreichen oder der gerade überwundenen Marginalisierung erneut Vorschub zu leisten.

Dies galt umso mehr, nachdem die afrikanischen Staaten ihre politische Emanzipation durchgesetzt hatten und sich auf die Suche nach einem Geschichtsbild machten, das vor allem durch Betonung der Last und der Opfer, die die Kolonisation mit sich gebracht hatte, ein Zukunftsversprechen stützte. Der grundsätzlich antikoloniale Impetus der Leipziger Forschungen hatte auch hier zwei Folgen, die direkt auf eine Betonung der zeitgeschichtlichen Dimension führten: Im Wunsch nach Unterstützung der afrikanischen Befreiungsbewegungen und jungen Nationalstaaten bei der Konstituierung eines eigenen, von jeglicher Kolonialapologetik gereinigten Geschichtsbildes sollte Hilfe durch Aktenfunde und Neuinterpretation geleistet werden, die sich hauptsächlich auf die Herausarbeitung des Widerstreits von fortschrittlicher und reaktionärer Linie in der jüngsten Zeit konzentrierte. Markov sah den geschichtlichen Auftrag, den jungen Befreiungsbewegungen mit fundierter Forschung zur Seite zu treten, als eine Übereinstimmung von individuellen und überindividuellen Ansprüchen: »Der letztendliche Anstoß zu einer systematischen Überwindung des Eurozentrismus in Forschung und Lehre kam aber gewissermaßen von außen. Die nationale Befreiungsbewegung schritt, ausgehend von Asien, zu einer atemberaubenden Revision der Landkarte. Weltweit setzten »entkolonialisierte« Völker neue Marksteine und Maßstäbe [...] Eine viel-hundertjährige Herrschaftsorgie der doppelten Ausbeutung ging unwiderruflich ihrem Ende entgegen: Völker erleichterten Kiplings »weißen Mann« um seine »Bürde«, nahmen ihre Geschicke wieder in die eigene Hand. Wie hätte der miterlebende Historiker als an der Sache teilhabender dabei abseits stehen können? Unerhörte Horizonte taten sich auf, und gleichzeitig drängten aus der Situation geborene, nicht ausdiskutierte Probleme in den Vordergrund: von Wesen und Erscheinungsformen des Neokolonialismus, von nichtkapitalistischen Entwicklungswegen, vom Verhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat in nationaldemokratischen Revolutionen einer »Dritten Welt«, von der legitimen oder »illegitimen« Rolle der jeweiligen kleinbürgerlichen Intelligenz, der Armee, der Religion.«²⁵

Zeitgeschichte erschien in dieser Perspektive nicht als wissenschaftliche Verbrämung vorgestanzter Ideologeme, sondern als Mängelliste des theoretischen Rüstzeugs derjenigen politischen Bewegungen, denen alle Sympathie der Forscher galt.

25 Walter Markov: Zwiesprache mit dem Jahrhundert (Anm. 20), S. 244 f.

Daneben wirkte als zweiter, sozialer Faktor, dass die Geschichtswissenschaft durch den Zufall der Konstellation von 1952 die Funktion eines Brutkastens für die Regionalwissenschaften oder Entwicklungsländerforschung angenommen hatte, in der die jungen Promovenden sich schon bald ganz gegenwartsbezogenen Aufgaben widmen sollten, wofür ein Abschweifen in die Spezialisierungen des Frühneuezeitlers nur als Umweg angesehen werden konnte.

Der Forschungsauftrag zur Vergleichenden Kolonialgeschichte wird von den meisten Akteuren rückwirkend als Beginn der Institutionalisierung von Entwicklungsländerwissenschaften in Leipzig angesehen.²⁶ Dabei gilt allen die verbindende Rolle Walter Markovs gegenüber den alsbald wieder auseinanderstrebenden Regionalwissenschaften als besonders bedeutsam.²⁷ Durch Markovs Wirken wurde nach dem übereinstimmenden wissenschaftshistorischen Urteil die Afrikanistik zunächst von der »aus der traditionell vornehmlich kulturwissenschaftlich, linguistisch ausgerichteten Afrikanistik übernommenen ›Geschichtsarmut‹ befreit. Markov qualifizierte eine größere Zahl von Mitarbeitern für eine Analyse der kolonialen Ausbeutung, vorzugsweise in Afrika und Asien. Ab 1955 hielt er selbst Vorlesungen über die Geschichte Afrikas.²⁸ Ermutigung für diese neue Schwerpunktbildung, für die er weder durch Sprachkenntnis noch durch Kenntnis des wissenschaftlichen Feldes besonders ausgewiesen war, erfuhr er vor allem durch den Sinologen Eduard Erkes und den Indologen Walter Ruben.

Auch nach der institutionellen Verselbstständigung der Afrikanistik als Abteilung des Instituts für Orientalistik (1958) war jedoch das Fehlen einer breiten personellen Basis noch so spürbar, dass für die Ausbildung im Fach Afrikanistik vonseiten des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen eine enge Kooperation mit Berlin empfohlen wurde.²⁹ Der dort tätige Ernst Dammann sollte gleichzeitig mit seiner Berufung an die Humboldt-Universität zu Lehrveranstaltungen in Leipzig verpflichtet werden. Relativ lange blieb offen, ob sich die Wissenschaftsbürokratie für nur einen Standort der Afrikanistik entscheiden würde oder ob am Ende das Zögern zwischen den jeweils absehbaren Vorzügen in Berlin und in Leipzig für die Entwicklung eines Doppelstandorts sprechen würde. So hieß es noch in einem Papier aus dem Jahre 1959 über die Leipziger Afrikanistik, sie sei »ein wichtiger Stützpunkt unserer im Entstehen begriffenen marxistischen Afrikanistik, da hier alle Voraussetzungen gegeben sind, durch ein Zusammenwirken aller in Frage kommenden Fachrichtungen eine allseitige Afrikakunde zu betreiben und zu lehren. In der Perspektive wird die Abteilung zunächst nur Nebenfachstudenten aus-

26 In einem Papier der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED von 1959 wurde dagegen schon die 1948 erfolgte Gründung einer Afrikanistischen Abteilung als Beginn der Entwicklungsländerforschung reklamiert: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im Folgenden: SAPMO-BArch) IV2/9.04/232.

27 Waltraud Schelkle: Die Regionalwissenschaften in der DDR als Modell einer Entwicklungswissenschaft, in: Wolf-Hagen Krauth/Rainer Wolz (Hg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung: Asien- und Afrikawissenschaften im Umbruch, Berlin 1998, S. 21–94.

28 Ulrich van der Heyden: Die Afrikawissenschaften in der DDR. Das Beispiel südliches Afrika, ebd., S. 372–442, hier S. 374.

29 SAPMO-BArch J IV2/20/30.

bilden. Dabei sind jedoch die Voraussetzungen zu schaffen, um in einigen Jahren neben dem Institut für Afrikanistik der Humboldt-Universität auch an der Karl-Marx-Universität Hauptfach-Afrikanisten ausbilden zu können.³⁰

Während Leipzig mit der Verbindung mehrerer Disziplinen und der Einbeziehung der historischen Dimension sowie der Ausrichtung auf die politischen Prioritäten der SED das modernere Konzept vorzuweisen hatte, verfügte zunächst Berlin über die besseren Voraussetzungen für eine professionelle Afrikanistikausbildung im traditionellen Sinne, die sich anfangs auf eine genaue Kenntnis der Sprache und der Kultur der Länder und anschließende Feldforschungen konzentrierte. Noch 1960 war das Rennen zwischen Berlin und Leipzig demzufolge völlig offen, und erst der Weggang von Ernst Dammann, der – verärgert über die Gründung des Instituts für Afrikanistik in Leipzig – eine starke Zurücksetzung durch die SED-Wissenschaftspolitik spürte und nach Westdeutschland ging, entschied schließlich die Frage zugunsten des Leipziger Standorts. Allerdings zeigten sich alsbald in der Afrikanistik ebenso wie in der Orientalistik Risse in der Fortschrittsfront, denn die Arbeit für das von Markov geplante Handbuch zur vergleichenden Kolonialgeschichte geriet immer mehr in Widerspruch zum Wunsch nach Verselbstständigung und spezialistischer Professionalisierung auf den jeweiligen Arbeitsfeldern. So bedeutete die Auswanderung vieler Mitarbeiter aus dem Institut für Allgemeine Geschichte an das Institut für Afrikanistik 1960 zwar nicht das Ende der Verbindungen zwischen den Personen, aber doch den Start einer weitgehend eigenständigen Entwicklung der Afrikanistik, die sich in Richtung einer gegenwartsbezogenen Entwicklungsländerforschung vollzog und sich schließlich sehr stark auf den nordafrikanischen, nördlichen Bereich Afrikas konzentrierte.

Dass das Institut genau im Jahre 1960 gegründet wurde, war natürlich nicht ohne Hintersinn, sondern erschien den Akteuren als eine direkte Entsprechung zu den politischen Prozessen, die mit der Emanzipation der ehemaligen Kolonialgebiete direkt zusammenhing. Daraus ergab sich ein nicht nur rhetorischer Bezug auf die aktuellen Vorgänge. Das Institut sah seine Aufgabe in der Qualifizierung wissenschaftlicher Nachwuchskräfte aus den afrikanischen Ländern, zugleich aber auch in der Formulierung von wissenschaftlichen Einsichten, die Prognosen über die Entwicklung der einzelnen jungen Nationalstaaten enthalten sollten. Dieser enge politische Bezug, zu dem auch bald im Laufe der 1960er-Jahre als drittes Motiv der Kaderbedarf der DDR im Bereich der Außen(wirtschafts)politik kam, hatte zur Folge, dass eine politische Perspektive und damit auch ein letztlich instrumenteller Charakter von Wissenschaft nie völlig ausgeschlossen blieben, im Laufe der Zeit sogar eher zunahm.³¹

Im fachspezifischen Gedächtnis der einzelnen Regionalwissenschaften erschien schließlich die Anfangsphase unter dem Einfluss des Allgemeinhistorikers Markov nur noch als Reminiszenz, die aber nicht mehr in einen inhaltlichen Bezug zur weiteren Entwicklung der einzelnen Regionalwissenschaften gebracht wurde. Spätestens mit der III. Hochschulreform 1968/69 setzte sich die Verselbstständigungstendenz der Regional-

30 Zit. nach van der Heyden: Die Afrikawissenschaften in der DDR (Anm. 5), S. 167.

31 Siehe dazu ausführlich Hafez: Orientwissenschaften in der DDR (Anm. 6).

wissenschaften endgültig durch. So hatte zwar die Enttraditionalisierung der zuvor stark philologisch und kulturwissenschaftlich ausgerichteten Afrikanistik und Orientalistik zugunsten einer politikwissenschaftlich-soziologisch ausgerichteten Entwicklungsländerforschung stattgefunden. Aber die Überwindung der Geschichtsabstinenz bildete nur ein Intermezzo, bald kehrte sie in ganz anderem Gewande zurück. In einem Zeitfenster von rund einem Jahrzehnt hatte Walter Markov der Afrika- und Nahostforschung einen historischen Zug geben können und davon für sein Weltgeschichtsprojekt einer vergleichenden Geschichte des Kolonialismus profitiert. Aber die Tatsache, dass die prominentesten Regionalwissenschaftler der DDR zu seinen Schülern zählten, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich der Konnex zum Mutterfach Geschichte alsbald stark lockerte.³²

Zwei Tagungen in Leipzig 1959 (zur Gründung des Forschungszentrums Asien, Afrika, Lateinamerika der Universität Leipzig) und 1961 zeigen den Wandel an, der sich im darauffolgenden Jahrzehnt vollständig vollzog.

Zunächst hatten die Historischen Institute der Leipziger Universität zu einer Fachtagung eingeladen, auf der der inzwischen in seinen empirischen Studien vorangeschrittene Nachwuchs erste Ergebnisse zur Diskussion stellte. Am 17. und 18. April 1959 fand als Eröffnungsveranstaltung zum 550. Leipziger Universitätsjubiläum eine Konferenz zur neueren und neuesten Geschichte Afrikas statt. Mehr als 200 Historiker, Afrikanisten, Orientalisten, Ethnologen, Philosophen und Ökonomen aus der DDR, Algerien, Tunesien, der Vereinigten Arabischen Republik, dem Sudan, dem damals noch so bestehenden Französisch-Westafrika, Nigeria, Südafrika, Haiti, Frankreich und England erörterten die Folgen der Kolonialzeit, der jüngsten sozial-ökonomischen und politischen Entwicklung in den jungen Nationalstaaten und der Verschiebung des internationalen Gleichgewichts durch die antikoloniale Emanzipation.

Markovs Argument aus dem Eröffnungsreferat über die »Universalhistorische Einordnung des afrikanischen Befreiungskampfes«, dass nur durch die Überwindung des traditionellen Eurozentrismus und der Vorstellungen von Minderwertigkeit und Geschichtslosigkeit afrikanischer Völker eine angemessene Beschreibung der Veränderungen gelingen könne, die durch die Emanzipation seit 1945 eingetreten waren, griffen Kurt Büttner mit einer Analyse der westdeutschen Kolonialapologetik und Manfred Kossok in Auseinandersetzung mit der spanisch-portugiesischen Afrikapolitik auf. Es dominierte klar eine (welt-)historische Perspektive, die die parallel ablaufenden Befreiungsbewegungen in die lange Geschichte des Kolonialismus einordnete und nach sozio-ökonomischen und politisch-kulturellen Prägungen fragte, die eine schematische Anwendung von Modellen gesellschaftlicher Transformation aus Europa schwerlich möglich

32 Ebd., S. 134: »Sieht man von der siebenbändigen ›Geschichte der Araber‹ des Autorenkollektivs um Lothar Rathmann ab, deren relativer Bekanntheitsgrad zu einem täuschenden Eindruck von der Gesamtdisziplin führen kann, so hatte der gesamte Wissenschaftsbetrieb den Übergang von den Markovschen Kolonialismusstudien zu Gegenwarts- und Praxisbezogenheit radikal vollzogen. Die Geschichte [...] besaß allenfalls einen – auch in den westlichen Sozialwissenschaften gepflegten – Veranschaulichungscharakter: historische Ereignisse dienten als Einführungen und Beispiele für Gegenstände, die mit Hilfe der Theorien und Methoden anderer Disziplinen erschlossen wurden.«

erscheinen ließen. Etwas zugespitzt könnte man sagen, dass hier das weltgeschichtliche Argumentieren von Marx und Lenin gegen einen eurozentrischen Marxismus-Leninismus privilegiert wurde.³³

1961 hatte sich die Situation schon insoweit geändert, als nun erste Kontakte zu Führern der Befreiungsbewegungen vor allem in Westafrika bestanden, die auch mit kleineren symbolischen Akten der Anerkennung der DDR als Akteur auf der globalen Bühne versuchten, ihre Verhandlungsposition gegenüber der Bundesrepublik zu vergrößern. Noch lag die diplomatische und wirtschaftliche Offensive der DDR in Richtung Afrika in der Zukunft, aber die Tagung von 1961 im Leipziger Haus Auensee nutzte den akademischen Impuls lediglich als Startsignal, um eine möglichst breite Beteiligung von Intellektuellen und politischen Repräsentanten der antikolonialen Bewegungen anzuziehen.

Auf der Tagung vom 5. bis 8. April 1961 übernahm Markov noch einmal eine prominente Rolle in der Konferenz über Neokolonialismus und die Politik der beiden deutschen Staaten,³⁴ die mit großer politischer Aufmerksamkeit verfolgt wurde. Er trat als Präsident an die Spitze der Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft und ging 1962/63 für ein Jahr an die University of Nigeria. Von der Neokolonialismus-Konferenz 1961 ging der Impuls zur Gründung eines Forschungszentrums an der Universität Leipzig aus, das die Erweiterung der älteren, philologisch ausgerichteten Institute für Orientalistik, Afrikanistik und Ostasienwissenschaften zu sozialwissenschaftlich inspirierten Area Studies erreichen sollte.

Es erwies sich jedoch, dass die Bemühungen, das Forschungspotenzial zu historisch-komparatistisch angelegten Interpretationszwecken zusammenzuhalten, auf eine ganze Serie von Widersprüchen stießen, an denen sie letztlich scheiterten. Gab es zwischen den philologisch ausgerichteten Fachvertretern und den sozialwissenschaftlich orientierten neuen Regionalwissenschaftlern erhebliche Spannungen, so traten Generationsunterschiede und lokale Interessen hinzu, während die daraus resultierenden Auseinandersetzungen auf der Berliner Ebene noch einmal durch die Konkurrenz zwischen dem Außenministerium und dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen bzw. den entsprechenden Abteilungen des ZK der SED gebrochen wurden.

Am frühesten trat die Konkurrenz zwischen Berlin und Leipzig auf dem Feld der Ostasienwissenschaften zum Vorschein. Ein »Forschungsprogramm bis 1970« zeigte den Wettbewerb zwischen der Humboldt- und der Karl-Marx-Universität um Stellen, Themen und Nachwuchswissenschaftler.³⁵ Zwar sah ein Lehrbuchprogramm noch an erster Stelle das von Markovs Forschungszentrum in Leipzig bis 1963 zu erarbeitende Hand-

33 Walter Markov: Zur universalgeschichtlichen Einordnung des afrikanischen Befreiungskampfes (= Leipziger Universitätsreden, N.F. 10), Leipzig 1959 sowie das Protokoll der Arbeitstagung zur neueren und neuesten Geschichte Afrikas am 17. und 18. April 1959, in: WZ KMU, Gesellschaftswissenschaftliche Reihe 8 (1958/59), H. 4, S. 589–630.

34 Walter Markov: Probleme des Neokolonialismus und die Politik der beiden deutschen Staaten gegenüber dem nationalen Befreiungskampf der Völker, in: Zur Geschichte des Kolonialismus und der nationalen Befreiung, Sonderheft der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 9 (1961), S. 7 ff.

35 SAPMO-BArch DY 30/IV A2/9.04/235 Abt. Wissenschaften beim ZK der SED, Afrika-, Asien- und Lateinamerikawissenschaften 1962–1968 (unpag.).

buch zur Geschichte der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen vor, aber die Planung regionalwissenschaftlicher Institute in Leipzig (Orientalisches, Afrika-, Ostasiatisches und Indisches Institut), Berlin (Ostasiatisches und Vorderasiatisches Institut, Institut für Afrikanistik sowie für Indienkunde), Rostock (Lateinamerika-Institut) und Greifswald (Nordisches Institut) trennte die Area-Kompetenzen und kappte die Anbindung an die Mutterinstitute (für Geschichte, Wirtschaftswissenschaften oder Soziologie). Eine theoretisch übergreifende Neudefinition der Regionalwissenschaften war gegen diese strukturellen Vorentscheidungen kaum mehr durchzusetzen.

Mit dem Datum 2. April 1965 beklagte ein »Entwurf für eine Konzeption zur grundlegenden Umgestaltung der gesellschaftswissenschaftlichen Arbeit auf dem Gebiet des Übergangs zur nichtkapitalistischen Entwicklung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und der Auseinandersetzung mit dem Neokolonialismus« die Zersplitterung der Kapazitäten: »36 unmittelbar mit dem Aufgabenbereich verbundene Institutionen und fünf verschiedenen zentralen staatlichen oder gesellschaftlichen Organen unterstellt und auf sieben Orte verstreut, ohne dass eine ausreichende Koordinierung und Kooperation gesichert ist. Allein in Berlin sind 109 unmittelbar auf den genannten Gebieten tätige wissenschaftliche Mitarbeiter auf 17 Einrichtungen verteilt [...] Die zur Zeit bestehenden Arbeitskreise unter der Leitung der Professoren Schmidt (Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems, der Neokolonialismus und die jungen souveränen Staaten) als zentrale Forschungsgemeinschaft), Markov (Forschungszentrum zur Geschichte Asiens, Afrikas und Lateinamerikas der Karl-Marx-Universität Leipzig) und Kohlmeier (Forschungsgruppe »Entwicklungsländer« im »Arbeitskreis Internationale ökonomische Entwicklung« des Beirates für ökonomische Forschung der Staatlichen Plankommission) sowie die entsprechenden wissenschaftlichen Beiräte bzw. Kommissionen sind auf Grund ihrer Themenstellung oder ihres Unterstellungsverhältnisses und der beschränkten Weisungsmöglichkeiten nicht in der Lage, den gesamten wissenschaftlichen Bereich koordinierend anzuleiten.«³⁶

Die Kaderdecke sei mehr als dünn, viele Fachgebiete müssten erst aufgebaut werden, dafür stünden aber nur sehr junge Mitarbeiter zur Verfügung. Diesen fehle oft die nötige spezielle Fremdsprachenausbildung und die Betreuung durch erfahrene Wissenschaftler. Außerdem sei die materielle Ausstattung des gesamten Arbeitsgebiets ebenfalls unterdurchschnittlich: Literatur und Zeitschriften fehlten wegen mangelnder Koordination in der Anschaffungspolitik und aufgrund der Ressourcenschwäche des Bibliothekswesens in der DDR. Und nicht zuletzt seien »unsystematisch und unkoordiniert [...] auch die operative und informative wissenschaftliche Reisetätigkeit sowie der [...] Kaderaustausch«.³⁷

Als problematisch wurde weiterhin genannt, dass nach Gegenständen noch immer die älteren Perioden sowohl in den historischen und literaturwissenschaftlichen als auch in den ethnologischen und philologischen Fächern dominierten. Nur 19 von 287 regionalwissenschaftlich tätigen Wissenschaftlern arbeiteten wirklich zu Problemen des Neo-

36 Ebd.

37 Ebd.

kolonialismus und nur neun zu den Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern und den jungen Nationalstaaten, sodass zwischen der gewünschten inhaltlichen Ausrichtung und dem vorhandenen Potenzial eine gravierende Lücke klaffe. Noch immer seien 33 Prozent der Wissenschaftler auf altphilologischem (!) und ethnologischem Gebiet tätig, während 17 Prozent eine historische, 23 Prozent eine wirtschaftswissenschaftliche und 3 Prozent eine staats- und rechtswissenschaftliche Ausrichtung hätten und nur 14,5 Prozent moderne Literatur und Sprachen untersuchten. Auch das Fehlen eines eigenen zentralen Publikationsorgans wurde moniert und schließlich das Fehlen eines Forschungsplans bemängelt, der die Möglichkeit zur Steuerung gegenüber dem Individualismus der Forscher gebe.

In der Konsequenz schlugen die Autoren des Papiers die Bildung eines Forschungsrates vor, der rasch ein Kaderprogramm ausarbeiten und 1966 mit einer Konferenz über den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg hervortreten sollte, während die Abteilung Wissenschaften des ZK der SED bis 1966 eine Zeitschrift als Organ des Forschungsrates schaffen sollte.

Jedem Bereich wurde auf zentralistische Weise eine Teilaufgabe im Masterplan der Kreierung eines neuen Forschungsfeldes zugewiesen: Das Institut für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften sollte die Arbeitsgruppe »Westdeutscher Neokolonialismus« ausbauen und eine Arbeitsgruppe »Internationale Beziehungen mit den antiimperialistischen Nationalstaaten« entwickeln. Das Orientinstitut der Akademie wurde gleichfalls ungefragt in das neue Konzept eingebaut. Das Forschungszentrum an der Karl-Marx-Universität würde nach dem Willen der Berliner Planer stärker »die theoretischen Probleme des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges« in den Mittelpunkt rücken und »Probleme der demokratischen Nationalstaaten« ins Zentrum seiner Forschungen stellen.³⁸

Vier Monate später, am 20. August 1965 lag die nächste Version der Konzeption vor, nach der die Leitung des Forschungsrates dem Stellvertretenden Vorsitzenden des DDR-Ministerrates, Alexander Abusch, anvertraut werden sollte. Dem Forschungsrat würden nach diesem Papier die Entscheidung über die Delegation von Wissenschaftlern ins Ausland, bei den Area Studies eine besonders heikle Frage, und die Genehmigung aller Disser-tations- und Habilitationsthemen obliegen. Neben der Vorstellung solch exekutiver Allmacht steigerten sich die Autoren des Entwurfs, die aus dem Außenministerium, dem ZK der SED, dem Staatssekretariat und der Akademie kamen, auch in einen wahren Vollständigkeitsrausch bei der Auflistung der demnächst zu bearbeitenden Themen. Dagegen wurde die Gründung der Zeitschrift um zwei Jahre verschoben, weil zunächst dem Parteiaktiv die Beseitigung aller noch vorhandenen Mängel übertragen werden musste.

Einen Monat später kam jedoch der Sektor Gesellschaftswissenschaften der ZK-Abteilung für Wissenschaft zu dem vernichtenden Urteil, dass das Konzept nicht akzeptabel sei, weil viel zu praktizistisch auf die kurzfristigen Bedürfnisse der Außenpolitik angelegt. Andererseits mahnten die Experten für die Planung der Geistes- und

38 Ebd.

Sozialwissenschaften an, nicht nur auf 10 bis 20 Jahre voraus zu planen, sondern auch konkretere Vorhaben ins Auge zu fassen und dafür Prioritäten in den nächsten drei bis fünf Jahren zu bilden. Im Übrigen wies der Sektor Gesellschaftswissenschaften darauf hin, dass der Forschungsrat kaum so viele Vertreter der Ministerien benötige, »wohl aber eine ganze Reihe Wissenschaftler, von denen gar keine Rede ist«, dass Alexander Abusch aufgrund vieler anderer Verpflichtungen für den Vorsitz kaum infrage käme und dass der Forschungsrat sich mit strategischen Entscheidungen, aber kaum mit der Bewilligung einzelner Promotionsthemen befassen solle. Der Verteidigung einer Restautonomie der Institute entsprach der Hinweis, dass es für bestimmte Aufgaben auch schon Staatssekretariate und Ministerien gebe und der Forschungsrat sich nicht in deren Aufgaben einmischen solle. Die eher an Professionalisierung der Wissenschaftspolitik interessierten Mitarbeiter im Sektor Gesellschaftswissenschaften machten auch vor der heiligen Kuh der Priorität des Politischen nicht halt und bestritten dem vorgesehenen Parteiaktiv glatt jegliche Bedeutung.

Der Gegenvorschlag kam nun aus der ZK-Abteilung für Wissenschaft und war deutlich pragmatischer: Johann-Lorenz Schmidt und Lothar Rathmann sollten Thesen zu den theoretischen Problemen ausarbeiten, auf deren Grundlage die Abteilung Wissenschaften beim ZK der SED eine Sitzung der Ideologischen Kommission organisieren würde. Mit dieser Rückendeckung sollte dann ein Plan durch die Abteilung Wissenschaften ausgearbeitet werden, während das Staatssekretariat einen Forschungsplan mit Nah- und Fernzielen formulieren solle. Das Leitungsproblem wäre ebenfalls auf dem gewohnten Weg einer ZK-Sekretariats-Vorlage zu lösen: Für einen zu bildenden wissenschaftlichen Rat bedürfte es einer Konzeption, eines Personalvorschlags und einer möglichst präzisen Verortung des neuen Gremiums im System von Unter- und Überordnung; hinzu sollten konkrete Aufgabenstellungen für 1965/66 und ein Kaderentwicklungsplan treten.

Der Austausch von einander widersprechenden Konzeptionen erscheint auf den ersten Blick verwirrend. Die stärksten Bataillone hatten offenkundig die gegenwartsbezogen arbeitenden Regionalwissenschaftler mobilisiert. Der Schlussakkord im Konzert der Planspiele erscheint wie eine Nachhilfestunde im Fach Wissenschaftsinstitutionalisierung. Der Ökonom Hartmut Schilling, der Historiker und Staatswissenschaftler Lothar Rathmann und der Politikspezialist Johann-Lorenz Schmidt konzipierten die künftige Entwicklungsländerforschung im Auftrag der politischen Führung des Landes und schlugen eine ganze Serie von Konkurrenten aus dem Feld. Rathmanns stärkstes Argument war, dass der entsprechende Forschungsvorlauf für die Neuprofilierung wohl nur in Leipzig existierte, während in der politischen Wirksamkeit besonders die Neokolonialismusgruppe von Schmidt der Parteiführung attraktiv erschien und das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten keine Lust verspürte, in der Interpretation seiner Politik einen wissenschaftlichen Konkurrenten zu bekommen.

Neben der Zentralisierung war die Dislozierung regionalwissenschaftlicher Institute über die gesamte ostdeutsche Hochschullandschaft eine zweite Gegenvorstellung zu den Leipziger Überlegungen. Bereits im Februar 1963 hatte der Leipziger Sinologe und Literaturwissenschaftler Fritz Gruner im Staatssekretariat mit einem 22-seitigen Papier erste

konzeptionelle Überlegungen zur Herausbildung der Regionalwissenschaften in der DDR vorgestellt und den Übergang vom spontanen und chaotischen Wachstum auf einigen Zweigen zur systematischen Aufmerksamkeit mit entsprechender studentischer Nachfrage auf 1958/59 datiert, aber eine längere Übergangszeit konzidiert, weil die alte Orientalistik nur schwer umzuwandeln sein würde. Er schlug die Bildung interdisziplinärer Institute nach dem Regionalprinzip vor (Afrika, Südasien, Naher Osten und Nordafrika, Ostasien, Südostasien), wobei jeweils eine Abteilung für Sprache und Literatur, eine für Geschichte und eine für Ökonomie gebildet werden sollte. Der Konzentrationsprozess würde aber sicher auf große Schwierigkeiten und Vorbehalte stoßen: »Es besteht der Eindruck, dass entweder ein Berliner Institut das entsprechende Leipziger Institut oder auch umgekehrt ›schlucken‹ wolle. Damit setzt sich in gewisser Weise der alte Zwist zwischen Leipzig und Berlin fort.« Man befürchte in den Instituten die Durchsetzung der Spezialisierung des Direktors und das Unterbinden des Meinungsstreits, außerdem handele es sich um einen Bruch des Universalitätsprinzips der Universitäten.³⁹

Gruner betonte, dass die Unklarheit darüber, wie die Konzentration verlaufen solle, wachsende Widerstände hervortreibe. Objektiv spreche vieles für eine völlige Konzentration auf Berlin, da hier die Abnehmer des produzierten Wissens saßen. Aber für eine solche radikale Lösung wären die Wissenschaftler kaum zu gewinnen, und die praktischen Probleme, wie die Beschaffung von Wohnungen, seien nicht zu überwinden. Ein Verzicht auf die Konzentration würde aber das Ressourcenproblem verschärfen, da auch die ausländischen Sprachlektoren nicht effektiv eingesetzt werden könnten. Die Lösung des Widerspruchs sah Gruner in einem längeren Prozess der Schaffung eines vereinigten Instituts mit Abteilungen an verschiedenen Standorten.

Am 24. Februar 1966 ergriff die ZK-Abteilung Wissenschaften die Initiative und schickte an Staatssekretär Ernst-Joachim Gießmann den Vorschlag für eine Leitung des zu schaffenden Rates für Asien-, Afrika- und Lateinamerika-Wissenschaften mit Lothar Rathmann als Vorsitzendem, Hartmut Schilling als Stellvertreter und Erich Klien aus dem Staatssekretariat als Sekretär des Rates. Dem Papier war eine Anlage mit der Aufstellung der vorgesehenen Ratsmitglieder und eine Anlage mit der ausformulierten Konzeption und Arbeitsordnung des Rates beigegeben, und es enthielt die Aufforderung, bis zum 12. März 1966 den Rat konstituiert zu haben. Der Staatssekretär beeilte sich und schaffte es, zum 24. März 1966 den Rat ins Leben zu rufen, worauf sich die vorgesehene Sitzung der Ideologischen Kommission des Politbüros anschloss.

Unter Hartmut Schillings Leitung konstituierte sich noch 1966 eine Arbeitsgruppe Neokolonialismus am Rat für Asien-, Afrika- und Lateinamerika-Wissenschaften. Weitere Arbeitsgruppen folgten zu Politik und Geschichte, während der Bereich Kultur weniger Beachtung fand. Gleichmaßen konstatierte die Leitung des nun als ZENTRAAL abgekürzt auftretenden Gremiums eine Konzentration auf den Nahost- und den Subsahara-Bereich sowie auf die Lateinamerika-Forschung, während die Asienwissenschaften zunächst nicht wie gewünscht in Gang kamen. Damit verfügten die Regionalwissenschaften nunmehr über ein Koordinierungsgremium, das sie eng an die

39 Ebd.

politische Strategiebildung der SED anschloss. Mit ersten Thesen »Zur nationaldemokratischen Etappe der nationalen Befreiungsrevolution« offerierte das Gremium im Kontext des VII. Parteitages der SED erstmals seine politikberatende Kapazität.

Die 1968 durchgesetzte Gleichstellung des ZENTRAAL mit den anderen wissenschaftlichen Beiräten des Ministeriums für das Hoch- und Fachschulwesen wollten Rathmann und seine Kollegen rasch für eine Verbesserung der materiellen Ausstattung nutzen. Rathmann gelang es, einen Ministerratsbeschluss zur Entwicklung der Nahostwissenschaften und die Einrichtung entsprechend finanzierter Auftragsforschung für die Ministerien durchzusetzen. Dies korrespondierte mit dem Umbau der Leipziger Afrikanistik in Richtung Nahostforschung. Es wurde aber auch deutlich, dass das von Rathmann angestrebte Imperium nur unter Aufbietung enormer Kräfte zu regieren war, weshalb bereits 1968 die Arbeit auf die Schultern von drei Stellvertretern verteilt werden sollte: Schilling übernahm den Bereich Internationale Beziehungen, Frank Seidel die Beziehungen zu den staatlichen Organen und gesellschaftlichen Einrichtungen, Adalbert Dessau dagegen die Verbindung zu den sich rasch vermehrenden Arbeitsgruppen – d. h. die eigentlich mit dem Vorsitz verknüpfte inhaltliche Leitungstätigkeit –, während sich Rathmann die repräsentativen Positionen vorbehielt und den etwas nebulösen Sektor der »Koordination mit den anderen gesellschaftswissenschaftlichen und den angrenzenden naturwissenschaftlichen Bereichen« leitete.

Das ursprüngliche Ziel eines wirklich forschungsleitenden Rates war damit aufgegeben. Die zahlreichen Arbeitsgruppen entwickelten allerdings eine Tendenz zur Einmischung in die Forschungen an den einzelnen Instituten. In den Augen zahlreicher Wissenschaftler bot der ZENTRAAL dafür keine adäquate Gegenleistung durch interessante wissenschaftliche Kommunikation und wurde deshalb nicht als wirklicher Gewinn wahrgenommen.

Unter den Leipziger Historikern zeigte sich der Widerstand gegen die Zentralisierung noch für einige Zeit virulent. Markov blieb zunächst Leiter eines Forschungszentrums, das die einzelnen regionalwissenschaftlichen Institute am Ort überwölbte und bald mit einem Jahrbuch hervortrat, das einerseits die aktuelle Entwicklung in den neu entstandenen Nationalstaaten dokumentierte, zum anderen Einblicke in die wissenschaftliche Arbeit der zusammengeschlossenen Institute lieferte.

Damit schien eine interdisziplinäre Institutionalisierungsebene gefunden, die den Widerspruch zwischen disziplinärer Spezialisierung und Komplexität der untersuchten Probleme sowie komparatistischer und universalhistorischer Ambition abzumildern gestattete. Die ersten Ansätze der III. Hochschulreform Mitte der 1960er-Jahre zeigten sogar, dass diese Variante in Übereinstimmung mit den Reformzielen der allgemeinen Wissenschaftspolitik im Lande zu bringen war. Aber sehr schnell lagerte sich dieser an sich schon komplizierten Lösung noch ein weiteres Problem auf: die Suche nach einer optimalen Lokalisierung der Entwicklungsländerforschung im ostdeutschen Hochschulwesen. Dabei wurden wiederum zwei Widersprüche wirksam: Während die Wissenschaftspolitik Rücksicht auf gewachsene Strukturen und vorhandene Kapazitäten nehmen musste, erzwang die Mittelknappheit eine extreme Beschleunigung von Konzentrationsprozessen, da gleichzeitig immer mehr Aufgaben auf das DDR-Hoch-

schulwesen zukamen. Zugleich konfligierte das Ideal einer ausgeglichenen Disziplinenstruktur über alle Standorte hinweg mit dem Wunsch der SED-Führung, die politikrelevanten Disziplinen in ihrer unmittelbaren Nähe zu haben. Mit dem Aufstieg der internationalen Anerkennung der DDR zu einem wichtigen Politikziel wurden auch die Entwicklungsländerforscher dieser Dynamik unterworfen.

Es zeigte sich, dass die Konferenzen der Asien-, Afrika- und Lateinamerika-Forscher, die als Vernetzung des ortsansässigen Potenzials gedacht waren, immer stärker durch den Zentralismus der Wissenschaftspolitik nach Berlin gezogen werden sollten. Die ebenfalls vom Leipziger Institut für Allgemeine Geschichte vorbereitete Konferenz »Zur Rolle der Armee« fand 1966 bereits in Berlin statt. Ebenso wie die Konferenz von 1961 sollte auch die Folgekonferenz die »Umorientierung« der Forschungen in Leipzig auf zeitgeschichtliche Probleme beschleunigen.

Die Auseinandersetzungen um die Standorte, Ausrichtung und Ausstattung der Regionalwissenschaften müssen allerdings als Teil eines viel umfassenderen Prozesses verstanden werden – die Neuaushandlung des Globalisierungsprojektes der DDR fand als Teilaspekt des reformerischen Umbaus der DDR-Gesellschaft zu einer Industrie- und Wissensgesellschaft statt.

2. Der Umbau der Area Studies in der DDR 1965 bis 1971

Die Reform der DDR-Hochschulen in den 1960er-Jahren war mit der Hochschulumgestaltung seit 1945 verbunden und Teil der Ulbricht'schen Reformpolitik insgesamt. Der Eindruck einer kontinuierlichen Entfaltung der »sozialistischen Hochschule«, den die SED-Führung zu erwecken versuchte, bezog sich lediglich auf einige Grundideen, etwa die von der Umkehr der Zugangsnachteile zwischen den »Werkstätigen« und den vormals »herrschenden Klassen« zu höherer Bildung, die Instrumentalisierung der Universitäten für die Verbreitung des Marxismus-Leninismus und das Ideal einer allseitigen Bildung, die der Spezialisierung übergeordnet sein sollte. Dabei sollte jedoch nicht übersehen werden, dass die Hochschulpolitik viel voluntaristischer war, als die Fiktion eines Stufenplans von drei ineinandergreifenden Hochschulreformen suggeriert.

Die mentale Hürde für die Funktionäre, von der Oppositionsrolle bis 1945 zu einer gestaltenden Rolle der Bildungsplanung in Anpassung an eine technologisch umzurüstende Industriegesellschaft mit globalen Verflechtungen, war durchaus hoch. Dies blieb noch verborgen, als es vorrangig um Entnazifizierung und die »Brechung des Bildungsprivilegs« ging. In der zweiten Phase der Reform ging es in den frühen 1950er-Jahren vor allem um die tendenzielle Unterwerfung der Universitäten unter jene Verschulungstendenzen, die überhaupt eine Bildungsplanung im Ansatz möglich machen sollten. Unter den Bedingungen der offenen Grenze zur Bundesrepublik war eine beinahe unbeschränkte Bildungsproduktion möglich und – angesichts der permanenten Abwanderung von Hochschulabsolventen und »Spezialisten« – auch notwendig. Planung erwies sich dabei nur in dem Maße als sinnvoll, in dem die begrenzten Ressourcen verteilt werden mussten. Der Mangel an Fachliteratur und das Ideal eines vollständigen Paradig-

menwechsels in den Gesellschaftswissenschaften machten einen extensiven Ausbau der Studienpläne notwendig. Der Bildungshunger besonders der neu an die Hochschulen strömenden Schichten beförderte diese Tendenzen.

Der Mauerbau änderte die Koordinaten grundsätzlich, denn nun musste die DDR-Führung kaum mehr fürchten, dass ihr die klügsten Köpfe weglaufen konnten. Zugleich verschlechterten sich die materiellen Bedingungen für Forschung durch die rigorose Abschottungspolitik und den eklatanten Devisenmangel. So blieben die Jahre 1961 bis 1963 faktisch reformfrei, standen aber unter dem Druck eines entbehrungsreichen Anpassungsprozesses an die neue geopolitische Konfiguration, die die Abhängigkeit sowohl von der Sowjetunion vergrößerte als auch das Streben nach einer erneuerten Abhängigkeit von den westlichen Gesellschaften befeuerte.

Tendenziell hatte sich die Verhandlungsposition der Hochschullehrer verschlechtert, weil sie nicht mehr mit der Nachfrage des gesamtdeutschen Arbeitsmarktes drohen konnten.⁴⁰ Nicht zufällig finden sich in diesen Jahren erste Warnungen vor einer Überproduktionskrise der ostdeutschen Universitäten. Der erste Schub der neuen sozialistischen Intelligenz stand nun absehbar für mehrere Dekaden zur Verfügung. Dies erlaubte, den Schwerpunkt von der Nachwuchsentwicklung für die Hochschulen auf die Ausstattung der Gesellschaft mit Führungspersonal zu verlagern.

Dem Ehrgeiz des Planens und Durchorganisierens der Ulbricht-Ära ausgesetzt, verloren die Hochschulen für einige Jahre ihre Nischenexistenz, bevor die Zurückhaltung der Honecker-Zeit den Universitäten wieder Investitionsmangel, aber auch weniger direkte konzeptionelle Indienstnahme bescherte.

Mit dem VI. Parteitag der SED 1963 wurden Funktionalität für die Wirtschaftsreformen und systematische Gliederung zu Grundprinzipien der Hochschulreform, fortgesetzt im 1965 erlassenen Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem und den Anfang 1966 veröffentlichten »Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR«, die schließlich auf der IV. Hochschulkonferenz im Februar 1967 beschlossen wurden. Nachdem bereits 1965 ein neues Statut für das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen in Kraft gesetzt worden war, erfolgte die Aufwertung des entscheidenden institutionellen Akteurs der »Reform von oben« zu einem Ministerium am 13. Juli 1967. Die Hochschullehrer-Berufungs-Verordnung (HBVO), die Mitarbeiter-Verordnung (MVO) und die Verordnung über akademische Grade sowie die nach den »Prinzipien« erfolgenden Umgestaltungen der Leitungsebenen und Struktureinheiten in den Hochschulen stellten das Herzstück des auf die Universitäten bezogenen Umbauprozesses dar. Für die Umsetzung der Hochschulreform, die so lange diskutiert worden war, gaben sich die Universitäten am Ende nur sehr wenig Zeit: bis Ende des Jahres 1968.⁴¹

40 Ralph Jessen: Professoren im Sozialismus. Aspekte des Strukturwandels der Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr: Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 217–253.

41 Universitätsarchiv Leipzig, ZM, Bestand Rektorat, Akte »III. Hochschulreform«; Führungskonzeption des Rektors der Karl-Marx-Universität zur Weiterführung der Hochschulreform bis zum 20. Jahrestag der DDR und zum 100. Geburtstag W. I. Lenins (Staatsarchiv Leipzig IV B-2/9/02/553).

An die Stelle schockartiger Politisierungswellen, zwischen denen in vielen Instituten relativ ideologiefreie Forschung und Lehre den Alltag bestimmten, trat nun die Etablierung eines Diskursstandards, der Geltung für jede Art von übergreifender Deutung gesellschaftlicher Vorgänge beanspruchte. Die rigide Durchsetzung eines marxistisch-leninistischen Diskursstandards erzwang die Übersetzung von Deutungskämpfen in die Sprache dieses Paradigmas. Stete Verfeinerung in der Mimikry »innermarxistischer Debatten« und Ermüdung des Publikums angesichts des scheinbaren Ausbleibens jeglicher Kontroverse bildeten zwei Seiten derselben Medaille.

Mit der (auch strukturellen) Verankerung tendenziell aufgeblähter Lehr- und Forschungsbereiche für Marxismus-Leninismus an den Universitäten stellte sich allgemeiner die Frage nach einer Neuordnung des gesellschaftswissenschaftlichen Disziplingefüges. Die Diskussion in der DDR verlief zwar vor einem ganz eigenen wissenschaftspolitischen Hintergrund, stand aber zugleich in einem Kontext weltweiter Neuordnung der Verhältnisse zwischen den sozial- und kulturwissenschaftlichen Einzeldisziplinen. Dies betraf die Sozialwissenschaften, die beinahe überall in diesen Jahren eine enorme Aufwertung erfuhren – angesichts politischer und wissenschaftlicher Phantasien von der Planbarkeit und Gestaltbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse bei entsprechenden analytischen Anstrengungen. In der DDR wurde zwar die Soziologie schließlich verspätet als eigenständiges Fach zugelassen, ihre übergreifenden Deutungsansprüche wehrte die Parteiführung der SED jedoch ab, da sie (ebenso wie die Kybernetik) »keinesfalls den Anspruch erheben können, die umfassende theoretische Grundlage für die wissenschaftliche Leitung der Gesellschaft zu sein, da sie zwar wichtige, aber nicht die in sozialer Hinsicht bestimmenden Aspekte der gesellschaftlichen Prozesse erforschen«. ⁴²

Für die Area Studies, die ökonomische, politikwissenschaftliche und soziologische Felduntersuchungen verbanden und mit einer immer größeren Zahl von Fällen zu tun hatten, die ihnen riesiges empirisches Material gegen die Verallgemeinerungssucht des Marxismus-Leninismus an die Hand gab, war der Konflikt mit a priori feststehenden »Gesetzmäßigkeiten« vorprogrammiert. Die oben beschriebenen institutionellen Konflikte müssen deshalb auch vor dem Hintergrund der Deutungskämpfe innerhalb der DDR-Gesellschaftswissenschaften gesehen werden. Mit der Ausschaltung der Geschichtswissenschaft als einigendem Band zwischen den verschiedenen Regionalwissenschaften war eine zentrale Möglichkeit zur empirisch basierten Gegendeutung beseitigt.

Kurt Hagers Polemik gegen die neuen Wissenschaften, die an einen Politbüroabschluss vom 22. Oktober 1968 zur Lage in den Gesellschaftswissenschaften anschloss, zeigte, dass die SED-Führung nicht gewillt war, irgendwelchen Emanzipationsbestrebungen der Einzelwissenschaften stattzugeben. Eine Teilautonomie und ein gewisser Aktionsraum für das Eingehen von interdisziplinären Verbänden (d.h. ausgehandelter anstatt verordneter Kooperationsbeziehungen) sollten zwar der DDR-Wissenschaft Aner-

42 Kurt Hager: Grundfragen des geistigen Lebens im Sozialismus, in: Neues Deutschland vom 30. April 1969, zit. nach H.-G. Wolf: Geschichtswissenschaft im Rahmen der Gesellschaftswissenschaften, in: Alexander Fischer/Günter Heydemann (Hg.): Geschichtswissenschaft in der DDR, Bd. 1: Historische Entwicklung, Theoriediskussion und Geschichtsdidaktik, Berlin 1988, S. 211.

kennung bringen, anders ließ sich die Unzufriedenheit der Kreativsten unter den Gesellschaftswissenschaftlern nicht einfangen, und anders war den internationalen Trends hin zur größeren Bedeutung der Sozialwissenschaften für ein *social engineering* und der Area Studies für den Kampf um intellektuellen Einfluss in der Dritten Welt nicht zu folgen. Der Rahmen dafür aber sollte eng gezogen bleiben: Weder durfte der Leitcharakter der für gesellschaftswissenschaftliche Gesamtdeutungen »zuständigen« Institutionen, denen der Politbürobeschluss parteieigene Institute mit direkter Unterstellung zum Zentralkomitee hinzufügte, noch die Verbindlichkeit von »Gesetzmäßigkeiten« innerhalb der drei Bestandteile des Marxismus-Leninismus ernsthaft infrage gestellt werden. Gegenüber einer modernisierten Dominanz der Sozialwissenschaften, wie sie sich (für die historischen Kulturwissenschaften nicht unproblematisch) im Westen herausbildete, wurde »seitens der Partei die alte enge Verbindung von Geschichtswissenschaft und Pädagogik wiederhergestellt, wie sie Anfang der 1960er-Jahre schon einmal bestand, aber dann aufgrund eines unterschiedlichen Entwicklungsganges und Differenzierungsprozesses auseinandergedriftet war«. Die Einfügung der verbindlichen systematischen Marxismus-Leninismus-Ausbildung in alle Hochschulprogramme bildet die didaktische Kehrseite dieser Diskussion um den Status der Sozial- und Geschichtswissenschaften.

Anstelle jeweils relativ selbstständiger Wissenschaftsbereiche, die untereinander in eine Deutungskonkurrenz treten konnten, gewann nach 1970 rasch das Bild von der »Einheit« oder dem »System« der Gesellschaftswissenschaften an rhetorischer Bedeutung: Die weitere Professionalisierung im Handwerklichen und auch in der Methodenreflexion bis zu einer Mesoebene von Gesellschaftsinterpretation wurde mit einem Status als Materiallieferant für die Erklärungen erkaufte, zu denen allein die Philosophie Berechtigung hatte. In einem Gebäude, in dem wahlweise die marxistisch-leninistische Philosophie oder die »revolutionäre Praxis« den Schlussstein bildeten, konnte man sich auf Zeit übersichtlich einrichten, auch wenn der Regeneinbruch neuer Empirie das nur scheinbar sichere Dach regelmäßig gefährdete. Das Verständnis von einer fordistischen Arbeitsteilung bestimmte denn auch die Mentalität vieler ostdeutscher Gesellschaftswissenschaftler. Der Einheitsrhetorik entsprach paradoxerweise eine weitgehende Fragmentierung der Fächer.

Dem kamen strukturelle Neuerungen entgegen, die jenen im nordamerikanischen Hochschulwesen nicht unähnlich waren: Statt des eher forschungsorientierten Aufbaus der Universität, bei dem sich um die Lehrstühle Institute unter Leitung weniger forschungsstarker Professoren gebildet hatten, wurden nun in einer Sektion alle an einem Studiengang beteiligten Wissenschaftler zusammengefasst und in Lehreinheiten (Wissenschaftsbereichen) organisiert. Gegen die »unerträgliche Zersplitterung und Inhomogenität des bisherigen Wirrwarrs von Instituten und Fachrichtungen«⁴³ wurde eine große Flurbereinigung in Gang gesetzt: Aus 900 Instituten waren republikweit 190 Sektionen geworden. Mit der Zerstörung der Institute sollte nicht nur eine vordergründige Ausrichtung auf die Lehre (und die damit beabsichtigte Versorgung der Gesellschaft mit Fach-

43 So der Dekan der Leipziger Philosophischen Fakultät an Staatssekretär Gießmann am 24. November 1964, in: Universitätsarchiv Leipzig, ZM, Akten der Philosophischen Fakultät 1968.

kräften) geleistet werden, sondern es verschwanden auch professorale »Erbhöfe«, die interdisziplinärer Zusammenarbeit im Wege gestanden hatten. Die Aufwertung der Rolle des Sektionsdirektors ähnelte dabei dem amerikanischen Department-System mit seinem starken Dean – ihm oblag es nun, das gesellschaftliche Bildungsziel, die Interessen der Studenten und des wissenschaftlichen Nachwuchses nötigenfalls gegen seine eigenen Kollegen durchzusetzen. Rasch zeigte sich allerdings, dass er dafür weder den notwendigen Zugriff auf verteilbare oder (im Sanktionsfall) verweigerbare Ressourcen besaß. Die Ökonomisierung vieler gesellschaftlicher Beziehungen stieß sich mit dem Primat der politischen Kontrolle der SED und zog auch den Sinnverlust des neuen Leitungsmodells nach sich.

Die Zerstörung der alten Struktur betraf schließlich nur die Ebene der Institute, von denen manche hinter neuem Türschild vortrefflich überdauern konnten, während die Fakultäten entgegen der ursprünglichen Absicht nicht aufgelöst wurden, sondern für Promotion und Berufung wichtig blieben, wenn auch das Zustimmungsrecht des Ministeriums weiter ausgedehnt wurde.

Dieser Strukturkompromiss musste in der Praxis dazu führen, dass die Universitäten, die auf eine lange Tradition zurückblickten und zahlreiche Professoren in ihren Reihen hatten, die unbeirrt die alten Rituale einer »bürgerlichen« Universität pflegten, auf andere Weise mit den Neuerungen umgingen als die Pädagogischen und Technischen Hochschulen, denen als Neugründungen jedes historische Gegengewicht zur Disziplinierungsabsicht der Hochschulreform fehlte.

Die Zahl der Studierenden stieg zwischen 1967 und 1971 letztmalig massiv an, nämlich von 110 614 auf 158 014, mithin innerhalb von vier Jahren auf 142,8 Prozent. Der Anstieg der Hochschullehrerstellen folgte dieser Expansion einige Jahre später, wenn auch deutlich verhaltener: Die Zahl der Professoren erhöhte sich von 1970 bis 1977 von 2125 auf 2642 um 24,3 Prozent und die Zahl der Dozenten von 2496 auf 2956 um 18,6 Prozent.⁴⁴ Danach flachten beide Kurven deutlich ab. Bildungsaufstiege und Karriere-möglichkeiten waren fortan im DDR-Hochschulwesen massiv beschränkt.

Für die Regionalwissenschaften hatten sich die Bedingungen erheblich verändert. Während an Standorten wie Rostock ein erheblicher Ausbau erfolgte, ging dies in Leipzig mit dem Ende alternativer Entwicklungswege einher.

Im Dezember 1966 endete die erste Phase der noch tentativ geführten Diskussion über die Auswirkungen der beabsichtigten Hochschulreform auf die Leipziger Philosophische Fakultät. Die Planungen für eine Sektion Afrika-, Asien- und Lateinamerika-wissenschaften galten zunächst sogar als Modell, da sie die angestrebte »Gemeinschaftsarbeit« und die Verlagerung der wissenschaftlichen Planungstätigkeit auf die neuen Struktureinheiten bereits begonnen hatten, während in anderen Bereichen noch debatiert wurde. Schon früh waren jedoch Warnungen zu hören, es bei einem Lippenbekenntnis und einer lediglich formalen Zusammenführung von selbstständigen Einheiten zu belassen. »Von diesem Profil aus sollten auch der Charakter und die Aufgaben der

44 Siehe Institut für Gesellschaft und Wissenschaft (Hg.): Das Wissenschaftssystem in der DDR, 2. Aufl., Frankfurt a. M./New York 1979.

Lehrstühle bestimmt werden. Die bisher eingereichten Vorschläge der Institute gehen weit über das Mögliche hinaus und sollten im Zusammenhang mit der Profildiskussion überprüft werden. Die Fakultät wird gezwungen sein, erhebliche Abstriche machen zu müssen. Er [Manfred Kossok] begrüßte auch die Bemühungen um eine Konzentration auf größere Institute, wobei jedoch eine echte Integration erreicht werden muß. Eine Addition von selbständigen Abteilungen zu einem Großinstitut bei Beibehaltung ihrer Selbständigkeit ist wenig sinnvoll. Hier muß genau überlegt werden, ob die Zusammenfassung zu einer Sektion oder die Bildung eines Großinstituts sinnvoller erscheinen.«⁴⁵

Zunächst schienen Markov und sein Schüler, der Lateinamerikahistoriker Manfred Kossok, bis Anfang 1968 die III. Hochschulreform für eine Neuaufstellung der Kräfte genutzt zu haben, die durch die Zusammenfassung aller Kapazitäten zur Kolonialgeschichte und zur Geschichte der Befreiungsbewegungen in einer Sektion Afrika-, Asien-, Lateinamerika-Wissenschaften entstand.

Es zeigte sich jedoch bald, dass damit das letzte Wort nicht gesprochen war. Vor allem die Teilung in zwei historische Institute, eines für deutsche und eines für allgemeine Geschichte, wurde wieder verworfen, die Osteuropaabteilung bestand auf ihrer Eigenständigkeit, der neu zu bildenden Sektion Geschichte wurde die hochpolitisierte Geschichte der Arbeiterbewegung als neue Profillinie oktroyiert, womit an die Stelle einer Koordination der Area Studies eine Fixierung auf die unmittelbare Zeitgeschichte und die politische Traditionsbildung der SED erzwungen wurde.

Zugleich setzte sich mit Blick auf notwendige Einsparungen der Gedanke durch, die Einheit der regionalwissenschaftlichen Forschungen zu zerschlagen. In einem Entwurf aus dem Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen vom 11. Mai 1967 hieß es: »Die vorliegende Profilierung der regionalwissenschaftlichen Ausbildung und Forschung hat zum Ziel, den steigenden außenpolitischen Erfordernissen unseres Staates Rechnung zu tragen und die entstandenen Disproportionen zwischen der Entwicklung der gesellschaftlichen Bedürfnisse und dem Wachstum anderer gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen einerseits und der Entwicklung der Afrika-, Asien- und Lateinamerikawissenschaften in der DDR andererseits bis 1980 schrittweise auszugleichen.«⁴⁶

Dies ging einher mit dem Versprechen einer Ausweitung der Ressourcen zur Sicherung der Ausbildung in den Bereichen Sprachen der Entwicklungsländer, Ökonomie, Geschichte, Staat und Recht, Kultur, Ideologie und Soziologie, wofür jeweils Lehrstühle geschaffen werden sollten. Diese Lehrstühle hätten Grundlagen- und angewandte Forschung zu leisten, wobei, wie man schnell zugeben musste, die vorgesehene Profilierung bis 1975 nur in zehn bis zwölf Fällen »kadermäßig abgesichert« war, während sich eine Reihe von bereits verplanten Nachwuchswissenschaftlern gerade einmal auf dem Weg zur Dissertation befanden. So fehlten einerseits Planstellen, die aus den jeweiligen Mut-

45 Bundesarchiv Potsdam DR 3 B 1322a, Protokolle der Fakultätsratssitzungen der Philosophischen Fakultäten der Universität und des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen; Philosophische Fakultät der Universität Leipzig, Sitzung vom 20. September 1967.

46 Bundesarchiv Potsdam DR 3, Nr. 59, Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Abteilung Gesellschaftswissenschaften, betrifft: Profilierung der Regionalwissenschaft an den Universitäten 1965–1967/Profilierung der Orient- und Altertumswissenschaften 1966–1970.

terdisziplinen, der Geschichts-, der Rechts-, der Wirtschaftswissenschaft oder den Philologien abgezogen werden sollten, aber andererseits auch geeignete qualifizierte Wissenschaftler, um diese erst noch zu schaffenden Planstellen zu besetzen.

Wurde 1966 die Leipziger Universität noch für ihre perspektivische Planung bei der Bildung der Sektion Afrika-, Asien-, Lateinamerikawissenschaften gelobt, weil sie als einzige die Ausbildung von Nachwuchswissenschaftlern langfristig in den Blick nahm, so passte gerade dieses integrative Modell 1968 nicht mehr in die Landschaft und wurde bereits 1969 in den Planungen nicht mehr erwähnt. Vielmehr war nach dem Vor-Ort-Besuch einer Delegation der Abteilung Wissenschaften und des zuständigen Ministeriums vom 23. Mai 1968 mit Bezug auf die Leipziger Universität nun von einem »Rückstand zu den anderen Universitäten der DDR« die Rede, »es fehlt eine in sich geschlossene Führungskonzeption und ein Programm der massenpolitischen Arbeit [...] Das Bild der neu zu gestaltenden sozialistischen Universität ist noch nicht klar.«⁴⁷

In der Folge dieses Drucks aus Berlin kam es zu offenen Kämpfen zwischen verschiedenen Fraktionen in der Universität. Die zuvor gebildeten Stabs- und Expertengruppen konkurrierten offen mit dem Senat und den Fakultätsräten um die Führung bei der Gründung der Sektionen. Für die Universitätsleitung kam die Kehrtwende der Wissenschaftsbürokratie, die den traditionellen Einrichtungen jetzt wieder stärkeres Gewicht beimaß und das Leipziger Rektorat dafür kritisierte, sich selbst mit 22 Stabsgruppen für die künftigen Sektionen organisatorisch überfordert zu haben, überraschend. Nunmehr, so die neue Linie aus Berlin, müssten die »eigenschöpferischen Prozesse der Fakultäten« stimuliert werden. Schwerpunkte sollten nicht in zu großer Zahl gebildet werden, sondern nur an ein oder zwei Beispielen Modellfunktion bekommen.

So geriet auch das anfangs favorisierte Modell integrierter Entwicklungsländerforschung auf die Liste der Vorhaben, die zur Disposition gestellt werden mussten. Die vornehme Formulierung lautete: »Orientierung der Expertengruppe vergleichende Entwicklungsländerforschung auf mehrere Varianten.«⁴⁸

Nach einem Gespräch zwischen den Prorektoren der Humboldt- und der Karl-Marx-Universität übernahm Leipzig das Berliner Modell der Sektionen, die eine oder mehrere sehr eng verwandte Studienrichtungen und einen einheitlichen Gegenstand in der Forschung umfassen sollten. Dies bedeutete 1968 den Abschied von der interdisziplinären Forschungsbündelung zugunsten der Anlehnung an das alte Institutmodell.

Am 1. Juli 1968 schrieb Rektor Ernst Werner an den geschäftsführenden Mitarbeiter im Bereich der Afrika-, Asien-, Lateinamerikawissenschaften, Gerhard Brehme, dass die gerade gebildete Sektion Entwicklungsländerforschung aus dem Verband der Philosophischen Fakultät herausgelöst und dem Rektor direkt unterstellt werden sollte. Ab 1. Januar 1969 sei sie als selbstständige Planeinheit vorgesehen, und Brehme wurde beauftragt, zwei Varianten auszuarbeiten; eine davon allein auf die Afrika-/Nahost-

47 SAPMO-BArch DY 30/IV A2/9.04/33, Abt. Wiss. beim ZK der SED, Hochschulreform 1968 an der Karl-Marx-Universität Leipzig.

48 Führungskonzeption zur Durchführung der Hochschulreform an der Karl-Marx-Universität (Stand 20. Mai 1968), ebd.

wissenschaften konzentriert, die andere unter Einschluss der Asienwissenschaften. Brehme argumentierte gegen den Abzug der Asienwissenschaften aus Leipzig, dass es außer dem Wunsch nach Konzentration in Berlin bisher überhaupt keine Perspektive, keine Planung oder Forschungsschwerpunkte und soziale Absicherung der Mitarbeiter (etwa mit Wohnraum) gebe, während in Leipzig die Voraussetzungen für die Entfaltung der Asienwissenschaften weit günstiger seien. Sein stärkstes Argument schien ihm die vorgeschlagene Forschungslinie vergleichende Revolutionsgeschichte zu sein, aus der man die beiden volkreichsten Länder, China und Indien, keinesfalls herauslösen könne, ohne im Anspruch auf Repräsentativität einen schweren Rückschlag zu erleiden.

1969 favorisierten aber schließlich Ministerium und SED-Wissenschaftsverwaltung jene Variante, die nur die Afrika-/Nahostwissenschaften in Leipzig beließ. Dies war wohl auch eine Entscheidung *für* andere Standorte und nicht notwendigerweise eine explizite Ablehnung des Leipziger Konzeptes, dem damit aber der Boden entzogen wurde. Bereits zum 1. September 1968 war nach entsprechenden Vorarbeiten seit 1964 die Sektion Lateinamerikawissenschaften in Rostock gegründet worden, nicht ohne personelle Unterstützung aus Leipzig, während gleichzeitig der historische Lateinamikaschwerpunkt in Leipzig verblieb. In den Wirren überlappender Reformbemühungen ging es nicht ohne Widersprüche ab.

Auch die beabsichtigte Konzentration aller asienwissenschaftlichen Forschungen und Studiengänge stieß auf erhebliche Hindernisse. Bei einer ersten Bilanz stellte der Direktor der neu gebildeten Sektion Afrika-Nahostwissenschaften im Herbst 1970 fest: »Entsprechend dieser Position des Ministeriums sind alle asienwissenschaftlichen Sondergebiete der Humboldt-Universität Berlin zugeordnet worden. Das steht aber gegenwärtig für eine Reihe dieser Gebiete in völligem Gegensatz zur tatsächlichen, kadermäßigen Konzentration in Leipzig.«

Verwiesen wurde vor allem darauf, dass Burmanistik, Tibetologie und Sanskritistik überhaupt nur in Leipzig vertreten seien, in Berlin nicht, die Sinologie und die Indologie sowohl in Berlin als auch in Leipzig bestanden und eine Umsetzung der Leipziger Mitarbeiter an die Berliner Universität nicht vorgesehen war. Um nun zu retten, was noch zu retten sei, lautete der Vorschlag: »In Anbetracht dieser Lage wäre zumindest zu prüfen, ob nicht wenigstens für die obengenannten Gebiete, wie auch für andere Sondergebiete in der Liste geschehen, eine doppelte Zuordnung sowohl zu Berlin als auch zu Leipzig vorgesehen werden sollte.« Darüber hinaus plädierte Gerhard Brehme auch dafür, die Fachgebiete Turkologie, Judaistik und Hebräistik nach Leipzig umzusiedeln, da sie unverzichtbar zum Komplex der Nahostwissenschaften gehörten. Er sah in diesem Falle nur die Existenz »meist älterer Fachvertreter dieser Disziplinen an der Humboldt Universität« als Begründung dafür, dass diese Gebiete in Berlin verbleiben sollten.⁴⁹

Tatsächlich versuchte das Ministerium, die beabsichtigte Konzentration zu verwirklichen, scheiterte aber an den vielfältigen inhaltlichen Widerständen und seiner eigenen mangelnden Durchgriffsmöglichkeit auf die nötigen Voraussetzungen. Mitte der 1970er-

49 Bundesarchiv Potsdam DR 3, Nr. 49, Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Abteilung Gesellschaftswissenschaften, betriift: Regionalwissenschaften 1970–1973.

Jahre zog die Abteilung philosophisch-historische Wissenschaften des Ministeriums wieder einmal Bilanz und konstatierte, dass 1977 die Lateinamerikawissenschaft beispielsweise noch immer an der Humboldt-Universität zu Berlin vertreten war, dazu in Leipzig auf den Gebieten der Allgemeinen Geschichte, des wissenschaftlichen Kommunismus, der Romanistik, der Ethnografie, der Journalistik und im Bereich Grundfragen der nationalen Befreiungsbewegungen sowie in Rostock als Sektion Lateinamerikawissenschaften. Rostock hatte sich zwar inzwischen zur »Informationsstelle für lateinamerikawissenschaftliche Fragen für alle mit entsprechenden Fragen befassten Einrichtungen im Hochschulwesen« entwickelt und war auch zum Sammelschwerpunkt für Literatur aus und über Lateinamerika geworden, sodass man nun anstreben konnte, nach 1980 eine eigene wissenschaftliche Zeitschrift *Lateinamerika* zu entwickeln, die auf diesen Rostocker Schwerpunkt aufmerksam machen sollte, aber »im Bereich des Hochschulwesens der DDR arbeiten zur Zeit 68 Wissenschaftler zu Problemen Lateinamerikas; an der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock 37 (Schwerpunkt Sektion Lateinamerikawissenschaften mit 35), an der Karl-Marx-Universität Leipzig 4, an der Humboldt-Universität Berlin 10, an der Hochschule für Ökonomie »Bruno Leuschner« Berlin/Karlschorst 3 und an den Museen für Völkerkunde Leipzig und Dresden 4 Kader«. Vorgesehen wurde nun, Rostock weiter auszubauen: bis zu einer Größe von acht ordentlichen Professuren im Jahre 1990 gegenüber drei im Jahre 1977, sowie auf 16 Dozenten, für die 1977 allerdings noch keine einzige Planstelle existierte, und auf 50 wissenschaftliche Mitarbeiter, von denen 1977 immerhin bereits 32 tätig waren. Angesichts der verordneten Stagnation von Personalstellen für das gesamte Hochschulwesen wäre eine solche Steigerung des Personals in der Lateinamerikaforschung auf mehr als das Doppelte nur durch die Reduzierung in anderen Bereichen zu verwirklichen gewesen. Den inzwischen mit derartiger Planungseuphorie gründlich vertrauten Akteuren mag weniger Bange gewesen sein, da die vorgesehenen 55 Promotionen ja erst einmal hätten geschrieben und verteidigt werden müssen, wozu es, wie der Rückblick bestätigt, nie kam.

Gegenüber einem hoffnungsvollen Aufbruch der Regionalwissenschaften in den 1950er-Jahren hatte das missglückte Reformmanagement der SED und ihrer Wissenschaftspolitiker in Ministerium und ZK-Abteilung einen Scherbenhaufen hinterlassen. Dass dies auch die Verantwortlichen nicht völlig negieren konnten, zeigt ihre eigene Spurensuche nach Schuldigen.

Vom 9. bis 18. Oktober 1968 hielt sich eine Arbeitsgruppe der Berliner Abteilung Wissenschaften, der Bezirksleitung der SED Leipzig und des zuständigen Ministeriums an der Karl-Marx-Universität auf, um über die Schwächen bei der Durchsetzung der Hochschulreform zu Gericht zu sitzen.⁵⁰ Fazit der neuntägigen Strafexpedition war, wie der Leiter der Wissenschafts-Abteilung des ZK, Hannes Hörnig, in einem Brief an Kurt Hager vom 28. Oktober 1968 mitteilte, dass »die Leitungstätigkeit durch die Kreis-

50 Das Material mit mehreren Entwürfen für den Abschlussbericht und ausführlichen Protokollen der Gespräche mit den wichtigsten Akteuren, in: SAPMO-BArch DY 30/IV A2/9.04/71 und 72, Abt. Wissenschaften beim ZK der SED, Arbeitsgruppe des ZK an der KMU für die weitere Durchsetzung der Hochschulreform.

leitung und durch die staatliche Leitung an der Karl-Marx-Universität ungenügend ist und die Initiative der Angehörigen der Universität bei der Durchführung der Hochschulreform nicht entwickelt wurde«. Leipzig wurde zum republikweiten Negativbeispiel und schaffte es sogar in den Bericht Walter Ulbrichts an die 12. Tagung des Staatsrates und in der Sitzung des Volkskammerausschusses für Bildung am 1. Oktober 1968.

Eine Spur zu den tiefer liegenden Ursachen weist der Kristallograf Professor Hermann Neels, der monierte, dass sich die für die Universität zuständige Kreisleitung der SED und das Rektorat »vorwiegend auf den sogenannten Mittelbau stütze und dabei Wissenschaftler, die ernstzunehmende Argumente vorbrächten, direkt an die Wand drücke«. Er betonte, dass er auf dem Boden der zentralen Orientierungen für die Hochschulreformen stehe, nicht aber die Leipziger Experimente akzeptiere. Ebenso wie Neels hatten andere Ordinarien Beschwerde in Berlin geführt und rollten nun die von den Expertengruppen der Universität in Gang gesetzten Reformen wieder zurück. Die Parteiführung verband sich im Moment der Unsicherheit mit mächtigen Professoren aus den naturwissenschaftlichen Instituten gegen jene jüngeren Wissenschaftler, die eine Modernisierung der Hochschule zu mehr Interdisziplinarität in Forschung und Lehre sowie zu mehr Rationalität in der Führung der Geschäfte erreichen wollten.

Während in den Naturwissenschaften rasch die Machtstellung der Ordinarien wieder gesichert wurde, setzte die SED-Kreisleitung nach der Visite der Berliner Kommissionen für die Geschichtswissenschaft auf den entgegengesetzten Mechanismus. Fakultätsparteilungssekretär Harder unterstützte den Umsturz zugunsten jüngerer nachdrängender Historiker: »Kritik muß anerkannt werden. Eine Wende vollziehen. Markov nicht geeignet als Leiter.« Der neue Mann, der vom Frühneuzeitler zum Zeitgeschichtler mutierende Manfred Bensing, erkannte die »falschen Vorgaben seitens der Kreisleitung und des Rektors«. Dabei gelte es vor allem zu verhindern, »dass, wie im alten Vorschlag geschehen, alles in die Geschichte reingemasselt wird (Geschichte, Asien-, Afrikawissenschaft, Tropenmedizin, Tropenlandwirtschaft, Ethnographie, Religionsgeschichte)«. Dass dieses Argument nicht völlig neu war, sondern ständige Neuauflage in der Geschichte der Leipziger Universität spätestens seit dem Entstehen der regionalwissenschaftlichen Institute Anfang des 20. Jahrhunderts fand, lässt sich leicht belegen.⁵¹ Manfred Bensing hatte hier, höchstwahrscheinlich unbewusst, einen Gedanken aufgegriffen, den beispielsweise schon Erich Brandenburg 1905 seinem Kollegen Karl Lamprecht entgegengehalten hatte – man dürfe die Geschichtswissenschaft nicht durch eine unzumutbare geografische Verbreiterung ihres Gegenstandes überbeanspruchen.

Die scharfe Wende zu einem ganz an der Priorität von National- und Zeitgeschichte orientierten Organisationsmodell hatte massive Folgen für die Regionalwissenschaften. Diese mussten sich aus der von Walter Markov und anderen seit mehr als 15 Jahren vorangetriebenen Verbindung mit der Geschichtswissenschaft lösen, sich vom Historischen Institut emanzipieren. Dies bot zugleich Gelegenheit zu eigenen Profilierungen.

51 Matthias Middell: Regionalforschung und Weltgeschichte in Leipzig, in: Steffi Richter/Philip Clart/Martin Roth (Hg.): 100 Jahre Ostasiatisches Institut der Universität Leipzig, 1914–2014, Leipzig 2016, S. 25–44.

Das Scheitern der Sektion Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften 1969 hatte vor Augen geführt, dass auf absehbare Zeit die Spezialisierungstendenzen in den Regionalwissenschaften den Wunsch nach Integration in ein mehr als unverbindliches Weltgeschichtskonzept überwiegen würden und auch eine Rekonstruktion des Ansatzes, der mit der vergleichenden Kolonialgeschichte unternommen worden war, nicht zu realisieren wäre. Damit war das 1961 begonnene Experiment eines Forschungszentrums und (ab 1966) einer Sektion Asien-, Afrika-, Lateinamerikawissenschaften definitiv gescheitert, das sich nicht zuletzt vom US-amerikanischen Modell der Area Studies hatte inspirieren lassen. Vorgesehen war eine Verknüpfung von sozialwissenschaftlicher, philologischer und historischer, in Ansätzen sogar anthropologischer und ethnografischer Forschung und Lehre, die durch interkontinental vergleichende Ansätze einen Zusammenhalt aufweisen sollte. Das Konzept scheiterte an den Bedürfnissen nach autonomer Entwicklung in den einzelnen Regionalwissenschaften, die sich in der Folge als »Sektion Asienwissenschaften« (Berlin) und »Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften« (Leipzig) sowie als »Sektion Lateinamerikawissenschaften« (Rostock) getrennt von den historischen Sektionen institutionalisierten.

3. Fazit

Eine gemeinsame Konferenz von Leipziger Afrikanisten und Hallenser Orientalisten unter dem Titel »Revolution und Tradition«, die am 10. und 11. November 1969 stattfand, brachte zum Ausdruck, dass die eher gegenwartsbezogene Entwicklungsländerforschung zwar vom Gedanken einer vergleichenden Struktur- und Revolutionsanalyse mit historischer Tiefenschärfe herkam, aber sich nun doch viel stärker gegenwartspolitischen Fragen öffnete.

Lothar Rathmann, selbst führender Protagonist des Wandels in den 1960er-Jahren zugunsten selbstständiger Regionalwissenschaften, sah deren Entwicklung, die in seiner Perspektive »dem anglo-amerikanischen System näher [war] als der traditionellen deutschen Orientalistik«, in drei Phasen gegliedert. Einer Gründungsphase voller methodologischer Experimentierfreude und noch nicht voll ausgeprägter Forschungsschwerpunkte von 1960 bis 1966 folgte eine zweite Phase von 1966 – dem Gründungsjahr des Zentralen Rates für Afrika-, Asien- und Lateinamerikawissenschaften – bis 1973, in der sich ein eigenes Profil ausgeprägt habe. Schließlich sei die Zeit seit 1973 mit der Gründung der Zeitschrift *Asien, Afrika, Lateinamerika*, die auch die Sichtbarkeit des neu entstehenden Fächerverbundes garantierte und eine stärkere Integration in die internationale Forschung mit sich gebracht habe, ein dritter Abschnitt in der Entwicklung des Fachs. Ein solches Erfolgsnarrativ musste sowohl die Phase bis 1960 als auch die letztlich gescheiterten Alternativen in der mittleren Periode ausblenden, um schließlich die institutionelle Konsolidierung bereits als Abschluss aller Entwicklung zu verstehen.

Worauf Rathmanns Narrativ zu Recht insistiert, ist die Herausbildung selbstständiger Regionalwissenschaften, die der DDR die nötigen Qualifizierungen für Außenpolitik, Außenwirtschaftsbeziehungen und eine differenzierte Allianzpolitik nach der Deko-

lonisierung erlaubten. Sprach- und Landeskenntnisse wurden vermittelt, Länderstudien mit einer Abschätzung des Bündnispotenzials angefertigt, die sozioökonomischen und soziokulturellen Realitäten in den gerade selbstständig gewordenen Staaten empirisch erfasst. Viele Nachwuchswissenschaftler verbrachten längere Zeit vor Ort und knüpften Beziehungsnetze, nicht wenige von ihnen im direkten Kontakt oder Auftrag von Botschaften, Handelsmissionen und Geheimdienst. Der Erfolg der DDR-Außenpolitik in der sogenannten Dritten Welt, ohne den die Anerkennung als souveräner Staat und Mitglied der UN kaum möglich gewesen wäre, ohne den aber auch die wirtschaftlichen und kulturellen Aktivitäten der 1970er-Jahre in Afrika, Lateinamerika und Asien nicht denkbar wären, hatte seine Basis in dieser Neuausrichtung der Regionalwissenschaften.

Dass all diese Aktivitäten von tiefen Widersprüchen durchzogen waren – die sich durch die kaum kontrollierbare Benutzung des terroristischen Potenzials arabischer Freischärler in den Auseinandersetzungen des Kalten Krieges ebenso wie durch die massenhafte Anwerbung und Ausbeutung von Gastarbeitern aus Vietnam oder Mosambik⁵² illustrieren lassen –, kann dabei nicht vergessen werden, schon deshalb, weil diese Widersprüchlichkeit immer mehr Akteure an den propagierten Zielen ostdeutscher Entwicklungspolitik zweifeln ließ.

Der forcierte Gegenwartsbezug der Regionalwissenschaften war Teil des DDR-Globalisierungsprojekts, das auf die Erneuerung der Beziehungen zu einer nun postkolonialen Welt gerichtet war. Nicht zufällig fielen die Entscheidungen für einen Ausbau der sich verselbstständigenden Regionalwissenschaften kurz nach dem ersten Beschluss der DDR-Führung von 1965 über die »Unterstützung des Befreiungskampfes der afrikanischen und arabischen Völker in Form nichtziviler Materialien«, der an die kurzlebige Erfahrung wechselseitiger Anerkennung mit der sozialistischen Republik Sansibar von 1964 anschloss.⁵³ Den Kalten Krieg von der 1945 entstandenen Nahtstelle zwischen den beiden Blöcken fernzuhalten und doch mit kleinen Nadelstichen auf weiter entfernt liegenden Schauplätzen weiterzuführen, entsprach zuvörderst den geopolitischen Interessen der DDR,⁵⁴ aber auch ihrer sowjetischen Schutzmacht.⁵⁵ So flammte der globale Kalte

52 Ulrich van der Heyden/Wolfgang Semmler/Ralf Strassburg (Hg.): *Mosambikanische Vertragsarbeiter in der DDR-Wirtschaft. Hintergründe, Verlauf, Folgen*, Münster 2014; Klaus Storkmann: *Geheime Solidarität. Militärbeziehungen und Militärhilfen der DDR in die »Dritte Welt«*, Berlin 2012. Als frühe Beobachtung von westlicher Seite: Hans Siegfried Lamm/Siegfried Kupper (Hg.): *DDR und Dritte Welt*, München 1976; Hans-Joachim Spanger/Lothar Brock (Hg.): *Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt. Die Entwicklungspolitik der DDR – eine Herausforderung für die Bundesrepublik Deutschland?*, Opladen 1987. Siehe auch Harald Möller: *DDR und Dritte Welt. Die Beziehungen der DDR mit Entwicklungsländern – ein neues theoretisches Konzept, dargestellt anhand der Beispiele China und Äthiopien sowie Irak/Iran*, Berlin 2004.

53 Ulrich van der Heyden/Franziska Bengel (Hg.): *Kalter Krieg in Ostafrika. Die Beziehungen der DDR zu Sansibar und Tansania*, Münster 2009.

54 Bernhard Schöne: *Die NVA und das subsaharische Afrika. Zu den militärischen Auslandsbeziehungen der DDR*, in: van der Heyden/Schleicher/Schleicher (Hg.): *Die DDR und Afrika* (Anm. 5), S. 31–43.

55 David C. Engerman: *The Second World's Third World*, in: *Kritika: Explorations in Russian and Eurasian History* 12 (2011), H. 1, S. 183–211.

Krieg an vielen Orten von der koreanischen Halbinsel bis zum südlichen Afrika zwischen den frühen 1950er-Jahren und den ausgehenden 1980er-Jahren immer wieder auf und köchelte auf einer von den Großmächten zumeist kontrollierten Flamme vor sich hin.⁵⁶ Für die politische Führung der DDR bedeutete dies einen stetig steigenden Bedarf an Orientierungswissen in einer immer unübersichtlicher erscheinenden Welt. An theoretisch gut begründeten Gesamtdeutungen der Weltentwicklung bestand nur ein vermitteltes Interesse, an einer Autonomie von Regionalwissenschaften, die mit ihren Mutterdisziplinen verbunden und durch deren geringere Praxisnähe vor einer allzu direkten Indienstnahme wenigstens teilweise geschützt waren, ein nur sehr geringes.

Was auf den ersten Blick wie eine dysfunktionale Chaotisierung des Wissenschafts-systems erscheint, passte im Endeffekt die Regionalwissenschaften außerordentlich funktional in das Globalisierungsprojekt der DDR ein. Dessen zentrales Anliegen war nicht internationale Anerkennung für wissenschaftliche Originalität – auch wenn diese gern als Spiegelung gesellschaftspolitischer Erfolge mitgenommen wurde –, sondern die Bereitstellung von qualifiziertem Personal und brauchbarem Wissen in den scharfen politischen Auseinandersetzungen, die vom europäischen Schauplatz immer mehr ins Globale drängten. Dabei waren Bemühungen der Wissenschaftler, die politisch zwingend benötigten Puzzlestücke intellektuell zusammenzulegen und zu einer Abschätzung der Erfolgsaussichten des eigenen Gesellschaftsprojektes zu nutzen, eher hinderlich. Gegenwartsabstinente vergleichende Kolonialgeschichte oder Revolutionskomparatistik blieb für solch kurzfristiges Verwertungsdenken eine Marginalität, die man an den provinziellen Rändern des Wissenschaftssystems pflegen konnte, aber nicht zum Leitstern der neuen Regionalwissenschaften machen sollte. Dies blieb die zentrale Botschaft der heftigen und für viele Teilnehmer verwirrend erscheinenden Auseinandersetzungen in den späten 1960er-Jahren, und diese Botschaft wirkte bis in die späten 1980er-Jahre fort, als am neu gegründeten Akademie-Institut für allgemeine Geschichte noch einmal ein Versuch unternommen wurde, die Vielfalt der gewonnenen empirischen Ergebnisse zusammenzudenken. Bevor dies allerdings nennenswerte Wirkung entfalten konnte, war das Globalisierungsprojekt der DDR-Führung schon an sein definitives Ende gelangt.

Nun sind Vorwürfe der Dysfunktionalität oder der direkten politischen Indienstnahme von Wissenschaft in der DDR wohlfeil, man findet sie in vielen Publikationen. Man sollte darüber nicht vergessen, dass die (erst später entstandene) Entwicklungsländerforschung in der Bundesrepublik durchaus mit Respekt auf die Leistungen ihrer östlichen Kollegen schaute und deren Strategien teilweise nachzuahmen versuchte. Und man mag die Geschichte der DDR-Regionalwissenschaften gegen den Hintergrund der permanenten Klagen amerikanischer Stiftungen (von Carnegie bis Rockefeller und Ford) lesen, dass die Förderung der dortigen Area Studies nicht den gewünschten und von den

56 Melvyn P. Leffler/Odd Arne Westad (Hg.): *The Cambridge History of the Cold War*, 3 Bde., Cambridge 2010.

Antragstellern versprochenen Erfolg zeitigte, dann würde man ebenfalls eher einen »normalen« Gang der Dinge konstatieren.⁵⁷

Bis heute dauert die Debatte an, welche Strategien am tauglichsten und welche Konfigurationen am förderlichsten erscheinen, um das unzweifelhaft erhebliche Wissenspotenzial der oft als »Kleine Fächer« verstandenen Area Studies zu nutzen und nicht nur einem utilitaristischen Verbrauch zuzuführen.⁵⁸

57 Für eine gründliche Rekonstruktion aus den Archiven der Stiftungen und des in Washington koordinierten Title-VI-Programms: Torsten Loschke: *Area Studies Revisited. Die Geschichte der Lateinamerikastudien in den USA, 1940 bis 1970*, Göttingen 2017; Anne Kwaschik: *Transatlantic Exchanges. Fernand Braudel, the Rockefeller Foundation and the Cold War Origins of the Center for Area Studies in Paris*, in: Corine Defrance/Anne Kwaschik (Hg.): *La guerre froide et l'internationalisation des sciences. Acteurs, réseaux et institutions [Der Kalte Krieg und die Internationalisierung der Wissenschaft. Akteure, Netzwerke und Institutionen]*, Paris 2016, S. 73–91.

58 Neil L. Waters: *Beyond the area studies wars. Toward a new international studies*, Hanover, NH 2000; David L. Szanton (Hg.): *Politics of Knowledge. Area Studies and the Disciplines*, Berkeley/Los Angeles/London 2004; David C. Engerman: *Know your enemy. The rise and fall of America's Soviet experts*, New York/Oxford 2011; Katja Mielke/Anna-Katharina Hornidge (Hg.): *Area studies at the crossroads. Knowledge production after the mobility turn*, New York 2017.